Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 50 (1970-1971)
Heft: 4: Presse in der Krise? : ein internationaler Querschnitt

Rubrik: Presse in der Krise? : ein internationaler Querschnitt

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Deutsche Schweiz: Tiefgreifender Strukturwandel

RICHARD REICH

Die Frage, ob von einer Krise der Presse gesprochen werden müsse, bewegt die schweizerische Öffentlichkeit in zunehmendem Masse. Es gibt Anzeichen, die sie zu rechtfertigen scheinen: Seit dem Zweiten Weltkrieg sind auch in unserem Lande Dutzende von Zeitungen eingegangen. Eine beträchtliche Anzahl weiterer Blätter hat ihr Heil im Anschluss an sogenannte Kopfblattsysteme verschiedener Abstufungen gesucht und teilweise auch gefunden. Wieder andere haben sich bemüht, mit Hilfe kosmetischer Operationen «auf der Höhe der Zeit» zu bleiben – mit graphischen Umgestaltungen in der äusseren Aufmachung, mit der Nutzung neuer Farbdrucktechniken und dem vermehrten Einsatz des Bildes als zusätzlichem Informationsträger. Und schliesslich fehlte es auch nicht an Verlegern, welche die Redaktionen selbst ins «Pröbeln» miteinbezogen, indem sie auf der Suche nach der «richtigen» intellektuellen Mischung und Richtung einzelne Redaktoren oder gar ganze Equipen kurzfristig auszuwechseln begannen.

Es kommt indessen auf die individuelle Optik an, ob man aus solchen Erscheinungen die Bilanz einer «Krise der Schweizer Presse» ziehen will oder nicht, so wie es eine Frage der persönlichen Einstellung und des individuellen Temperaments ist, ob man aus den Wachstumsschwierigkeiten unserer industriellen Gesellschaft und ihrer staatlichen Einrichtungen eine «Staats- und Gesellschaftskrise» der Gegenwart ableiten oder ob man lediglich von Übergangs- und Anpassungsphasen sprechen will. Tatsache ist in jedem Falle, dass das Pressewesen in den Sog von tiefgreifenden Strukturwandlungen der öffentlichen Meinungsbildung geraten ist, die ohne Übertreibung als revolutionär bezeichnet werden können.

Veränderte Wettbewerbsverhältnisse

Zunächst ist festzuhalten, dass sich ein Strukturwandel der Informationsträgerschaft abgespielt hat, der auch in der Schweiz sehr spürbar ist. Die

Presse hat ihr jahrzehntelanges Monopol eingebüsst. Das Radio und später vor allem das Fernsehen haben die Informationsgewohnheiten des Bürgers von Grund auf verändert. Die freie Zeit, die der einzelne für seine Information verwendet – im Zeitalter der bewussten «Freizeitgestaltung» ohnehin im Schwinden begriffen –, muss nun mit den neuen Informationsträgern geteilt werden.

Zwar hat Hubert Beuve-Méry, der langjährige Herausgeber des weltberühmten «Monde», sicherlich recht, wenn er auf die damit verbundene Aufgliederung des Informationsauftrags verweist: «Das Radio kündigt ein Ereignis an, das Fernsehen zeigt es, aber die Presse erklärt es!» Doch aus dieser Spezifikation der Aufgaben ergeben sich materielle Konsequenzen, die heute von der Öffentlichkeit vielfach noch zu wenig gewürdigt werden. Die Presse ist nämlich dadurch in doppelter Hinsicht zu erheblichen Leistungssteigerungen gezwungen. Einerseits sieht sie sich – trotz der angedeuteten Arbeitsteilung – veranlasst, die technisch bedingte Zeitlücke zwischen gedruckter und gesprochener Information auf ein Minimum zu begrenzen. Sie darf im Aktualitätsgrad nicht zu stark hinter Radio und Fernsehen nachhinken. Das aber hat sehr kostenintensive technische Investitionen zur Bedingung, welche die finanzielle Kapazität der meisten schweizerischen Zeitungen ausserordentlich strapazieren.

Anderseits bedeutet die vermehrte Konzentration auf das «Erklären» im Sinne Beuve-Mérys auch eine Leistungssteigerung der Redaktionen. Die «vertiefte Zweitinformation», die ergänzende Kommentierung des fast uferlos gewordenen Informationsstroms, stellt an die Redaktionsstäbe Anforderungen, denen auf die Dauer nur mit personellen Erweiterungen und verbesserten Arbeits- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Journalisten entsprochen werden kann. Die Intensivierung des sachkundigen Kommentars ist übrigens um so dringender, als der «Mann von der Strasse» auch in der Politik immer mehr in eine Position des «Konsumenten» und blossen Zuschauers gerät. Der politische «Aktivbürger», der selbst tätig im öffentlichen Leben steht und sich die Entscheidungsgrundlagen persönlich erarbeitet, wird immer seltener.

Verhängnisvolles Auseinanderscheren von Kosten und Preisen

Der Zwang zur Leistungssteigerung ist für die Presse also unausweichlich. Die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen sind in der ganzen freien Welt zu einem Problem geworden. In der Schweiz aber mit ihrer Vielzahl von kleinen Zeitungen – nur zehn Prozent der Blätter weisen eine Auflage von über 20000 Exemplaren aus – ist eine Situation entstanden oder im Entstehen begriffen, die man als alarmierend bezeichnen muss. Alarmierend vor allem deshalb, weil unser Staatswesen eine «Demokratie der kleinen Kreise»

darstellt, deren Gesundheit bisher wesentlich mit der Lebendigkeit des politischen Lebens schon auf Gemeindeebene gekoppelt war. Die Lokalpolitik aber wurde bisher entscheidend genährt und angeregt durch eine vielfältige Lokalpresse.

Gerade diese kleinen Blätter haben nun eine immer geringere Überlebenschance, jedenfalls überall dort, wo die Möglichkeiten oder der Wille zur Zusammenarbeit mit benachbarten Verlagen nicht vorhanden sind. Wenn irgendwo, dann ist *hier* von ernsten Krisensymptomen in der Schweizer Presse zu sprechen. Die Zeiten, da ein Alleinredaktor sein Blatt ansprechend redigieren und darüber hinaus noch das Lokalgeschehen kompetent kommentieren konnte, sind endgültig vorbei. Aber auch der zeitgemässe Ausbau der technischen «Infrastruktur» dieser Blätter wird immer problematischer.

Die Schweizer Lokalpresse lebte während Jahrzehnten zu einem wesentlichen Teil vom politischen Idealismus und Verantwortungsbewusstsein ungezählter Druckereibesitzer, die bereit waren, den Zeitungsbetrieb kommerziell in die Gesamtrechnung «einzubauen» und ihn so mitzuziehen. Dieser Idealismus findet heutzutage seine Schranken in einem Kostenauftrieb der Zeitungsproduktion, der für kleinere Betriebe auf die Dauer ganz einfach nicht mehr tragbar ist. Die finanziellen Zukunftsperspektiven werden im übrigen auch von den Entwicklungstendenzen im Reklamegeschäft her noch zusätzlich überschattet.

Bisher hat die andauernde Hochkonjunktur verhindert, dass dieser Sachverhalt der weiteren Öffentlichkeit deutlicher bewusst geworden ist, weil das Inseratengeschäft der weitaus meisten Zeitungen in absoluten Zahlen nach wie vor steigende Tendenz aufweist. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der *relative* Anteil des Annoncengeschäfts am Gesamtvolumen der Werbung *rückläufig* ist, ganz abgesehen davon, dass mit den Gratisanzeigern gewissermassen Parasiten auf den Plan getreten sind, welche der Informationspresse vor allem in Grossagglomerationen das Wasser abzugraben suchen. Mit dem Fernsehen ist ein neuer Werbeträger aufgetaucht, der grosse Anziehungskraft besitzt. Auch sonst sind die Reklamefachleute nicht untätig geblieben und haben zum Beispiel die Prospekt- und Plakatwerbung sehr stark verfeinert und erweitert.

Unersetzliche Lokalpresse

Dieser wohl unaufhaltsamen Entwicklung steht die Tatsache gegenüber, dass die Lokalpresse schon aus staatspolitischen Gründen unbedingt so weit als möglich erhalten bleiben sollte. In gewissem Sinn ist ihr Fortbestand noch dringlicher als jener der überregionalen Presse und der «mittleren» Blätter. Denn Radio und Fernsehen werden auch bei optimalem Weiterausbau nie-

mals in die Lage kommen, die Informationsbedürfnisse lokalen Charakters auch nur annähernd befriedigen zu können. Ihrer ganzen Struktur nach sind sie überregionale Informationsträger mit geringer lokaler Informationsdichte.

Um dem öffentlichen Leben seine politische Substanz zu gewährleisten, wäre es sogar angezeigt, auch für die Weiterführung der parteipolitischen Auffächerung der Lokalpresse besorgt zu sein. Für viele Parteien wird es immer schwieriger, ihre Arbeit publizistisch noch angemessen zur Geltung zu bringen. Die regionalen und überregionalen Zeitungen verfallen ja immer mehr der Tendenz, sich «politisch neutral» zu gebärden und damit den Parteien das Forum zu verschliessen. Diese «Entpolitisierung» der Tagespresse hat ihre Auswirkungen, welche schon heute recht greifbar sind. In der weiteren Zukunft aber werden sie ohne Zweifel ein geradezu schicksalhaftes Element für die Struktur des öffentlichen Lebens verkörpern. Es ist hier nicht der Ort, diesen Problemstrang weiter zu verfolgen. Im Rahmen einer – überfälligen! – Reform unseres Parteiwesens aber sollte die Frage der politischen Meinungspresse auf lokaler Ebene ebenfalls genauer analysiert und durchdiskutiert werden.

Für die Rettung der Lokalpresse scheint der Weg im übrigen bereits weitgehend vorgezeichnet zu sein. Er liegt nicht so sehr in Richtung totaler Fusionen, als vielmehr in verstärkter zwischenbetrieblicher Zusammenarbeit, wobei verschiedenste Abstufungen möglich sind. Die lockerste Form bildet wohl das Prinzip der blossen Inseratengemeinschaften. Es beruht auf dem Gedanken, dass der Anreiz insbesondere für die Inserenten der Markenartikelbranche durch das Angebot, ein und dieselbe Inseratenseite in verschiedenen Zeitungen erscheinen zu lassen, gesteigert werden könne. So ist zum Beispiel vor einigen Jahren der «Ostschweizer Ring» entstanden, der jeweils zwölf Inseraten- und vier Textseiten umfasst und einmal pro Woche in 18 Zeitungen der Ostschweiz erscheint. Ähnliche «Ringe» wurden in den Regionen Luzern und Basel organisiert.

Eine derart begrenzte Zusammenarbeit erscheint zwar durchaus als zweckmässig, verbessert aber die wirtschaftliche Basis nicht entscheidend. Das Kopfblattsystem mit oder ohne formellem Zusammenschluss, wie es die sozialistischen Zeitungen der deutschen Schweiz (ohne die Berner «Tagwacht») und ein grosser Teil der deutschsprachigen Presse konservativ-christlichsozialer Richtung in den allerletzten Jahren realisiert haben, ist sehr viel wirkungsvoller – im positiven wie im negativen Sinn.

Um mit dem Negativen zu beginnen: Ein Produktionssystem, das der einzelnen Zeitung nur noch den eigenen «Kopf» (das heisst den eigenen Namen) und eine eigenständig gestaltete Lokalsparte lässt, fördert notgedrungen die Uniformierung der übrigen Informationsbereiche; denn die Ausland-, Inland-, Wirtschafts-, Sport- und Kulturnachrichten werden für

alle angeschlossenen Blätter auf *einer* gemeinsamen Zentralredaktion redigiert und kommentiert. Man darf diese Begleiterscheinung indessen nicht allzu hoch gewichten. Sie ist lediglich die Institutionalisierung eines Zustands, der sich im Grunde schon längst angebahnt hat. Denn die Lokalblätter waren generell schon seit längerer Zeit zumindest in bezug auf den nicht lokalgebundenen Stoff in höchstem Masse auf die Benützung von Nachrichtenagenturen und Pressediensten angewiesen, so dass man von einer schleichenden Uniformierung sprechen konnte, die lediglich durch unterschiedliche Aufmachungen und Titelvariationen der selbständigen lokalen Redaktionen optisch verwischt wurde.

Da anderseits das Kopfblattsystem die einzelnen Lokalredaktionen von der Galeerenarbeit der allgemeinen Nachrichtenredaktion stark entlastet, wird man sagen können, dass die verstärkte Uniformierung im nichtlokalen Bereich meist mehr als aufgewogen wird durch die erhebliche Freisetzung von Kräften für die lokale Berichterstattung. Richtig gehandhabt, kann das Kopfblattsystem zu einer wesentlichen Wiederaufwertung einer Lokalzeitung in ihrer föderalistischen Funktion verhelfen, durch welche auch die «Politik im kleinen Kreise» neue Impulse erhält.

Die erwähnten Beispiele von sozialdemokratischen und konservativ-christlichsozialen Kopfblattsystemen zeigten im übrigen schon nach kurzer Zeit noch eine andere Auswirkung: Durch die Konzentration der redaktionellen Kräfte gewannen die angeschlossenen Blätter offensichtlich an Profil und damit an überregionalem, politischem Gewicht. Im Interesse eines intensiveren öffentlichen Dialogs zwischen den Parteirichtungen der schweizerischen Politik ist dies nur zu begrüssen. Die Sozialdemokratie vor allem war zuvor im Schweizer Pressewald deutlich «untervertreten». Von den rund 170 politischen Zeitungen mit Parteiorientierung – die Gesamtzahl der Zeitungen öffentlichen Charakters beläuft sich gegenwärtig auf 330 – sind nur 17 von sozialistischer Prägung. Der AZ-Ring um das frühere Zürcher «Volksrecht» und die frühere Basler «Arbeiter-Zeitung» trägt wesentlich dazu bei, die sozialistische Stimme in der öffentlichen Meinungsbildung deutlicher und nachdrücklicher zu artikulieren.

Wie gut muss die Presse sein?

Für die Zukunft der Schweizer Presse hängt sehr viel davon ab, wie sich die verschiedenen Möglichkeiten technischer und redaktioneller Zusammenarbeit weiterentwickeln und ausdehnen lassen. Mit der Einführung des Fernsatzes, wie sie nun von der Schweizerischen Depeschenagentur und weiteren Pressediensten in Angriff genommen worden ist, bieten sich zudem neue Formen der schriftlichen Nachrichtenübermittlung an, die beträchtliche Einsparungen ermöglichen: Den diesen Systemen angeschlossenen Redak-

tionen werden über das Fernschreibernetz nicht mehr Texte übermittelt, die noch zu redigieren sind, sondern Lochstreifen, mit denen moderne Setzmaschinen ohne weitere Zwischenstation direkt gefüttert werden können.

Die Beispiele neuer technischer Möglichkeiten liessen sich mit Leichtigkeit noch vermehren. Auch im Vertriebswesen etwa könnte manches verbessert werden. Dabei muss man sich allerdings vor Augen halten, dass viele Rationalisierungsmassnahmen nur bei grösseren Auflagen als sinnvoll erscheinen oder dass sie die Investitionskapazitäten kleiner Blätter zum vorneherein hoffnungslos übersteigen. Denn dass die Einnahmenseite in absehbarer Zeit wesentlich verstärkt werden könnte, ist völlig undenkbar. Von den gegenläufigen Tendenzen des Inseratengeschäfts war schon die Rede. Ausländische Experimente haben ausserdem bewiesen, dass eine massive Erhöhung der Abonnements- und Handverkaufspreise praktisch unmöglich ist. Entsprechende Massnahmen mussten regelmässig mit einem schweren Auflagenschwund «bezahlt» werden. Der Bürger ist offensichtlich nicht bereit, die qualitative und quantitative Leistungssteigerung, die die Presse im ganzen gesehen ohne Zweifel für sich in Anspruch nehmen kann, durch einen entsprechenden Aufpreis zu honorieren.

Damit ist ein Punkt berührt, der langfristig gesehen zu einer Hauptschwierigkeit für das Pressewesen werden könnte: die Frage nämlich, wie weit der moderne Mensch noch bereit und imstande ist, das Informationsangebot in seiner gegenwärtigen Art und Struktur auch künftig so intensiv zu «konsumieren», dass das idealtypische Bild vom umfassend und sachgerecht informierten Staatsbürger noch einigermassen der Wirklichkeit entspricht. Der Stilwandel – von der Aufmachung über die Titelgebung und Bebilderung bis hin zur Länge und Tonart der einzelnen Artikel –, wie er sich seit einigen Jahren auch in der Schweizer Presse abzeichnet, ist im Grunde nichts anderes als ein Abtasten des «Informationsmarktes», der Versuch, sich auf noch nicht klar zutage liegende Veränderungen der Informationsbedürfnisse und Informationsgewohnheiten einzustellen.

Der Aufschwung der Bildzeitungen, die parteipolitische Entschärfung der meisten Blätter, die Forcierung der Kritik als journalistische Arbeitshypothese, der Trend zur Schlagzeile und zum «attraktiven» Titel, die allgemeine Anstrengung, «leichter» und «süffiger» zu schreiben – all das sind nicht blosse Launen von Verlegern und Redaktoren. Es sind Symptome einer Phase des Umbruchs und Übergangs, wobei sich ideelle und wirtschaftliche Motivationen nur allzu leicht ins Gehege geraten.

Erarbeitung von Modellen

Mit pauschalen kulturkritischen Verdonnerungen im Stile «Jedes Volk hat die Presse, die es verdient» kommt man angesichts dieser Lage nicht weiter.

Es wäre vielmehr angezeigt, eine Standortbestimmung auf breitester Basis vorzunehmen. Man sollte zum Beispiel dem wertvollen Bericht der Kartellkommission über Konzentrationstendenzen im schweizerischen Pressewald eine Reihe anderer Zustands- und Trendanalysen zur Seite stellen.

Wie entwickelt sich der Werbemarkt? Wie könnte die Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Medien noch besser eingependelt werden? Wie weit könnten zusätzliche Massnahmen der öffentlichen Hand – Abschreibungspraxis, Gestaltung der PTT-Tarife, Steuerpolitik, Ausbau der Kommunikationswissenschaften zwecks Schaffung genauerer Entscheidungsgrundlagen für Verleger und Redaktionen, «Zeitungsbank» zur Vermittlung günstiger Investitionskredite etc. – zur Erhaltung eines gesunden Pressewesens beitragen? Das alles sind Fragen, deren objektive Beantwortung nicht nur für die Zeitungsbranche, sondern für eine breitere Öffentlichkeit von grösstem Interesse wäre.

Die Durchführung der entsprechenden Analysen übersteigt offensichtlich die Kräfte einzelner Verlage, aber auch jene des Zeitungsverleger-Verbands oder des Vereins der Schweizer Presse, ganz abgesehen davon, dass eine unabhängige Trägerschaft einer solchen Gesamtanalyse ohnehin vorzuziehen wäre. Es ist heutzutage viel – vielleicht allzu viel – von «Modellen» die Rede. Auf dem Gebiet der Information, der «vierten Säule» der Demokratie, aber wäre die Erarbeitung bestimmter Modellvorstellungen durchaus am Platz, und wäre es nur darum, weil auf diese Weise der moralisch-staatspolitische Stellenwert der Presse, der gegenwärtig immer mehr von den kommerziellen und technischen Problemen überlagert wird, noch am ehesten wieder vermehrt ins Blickfeld der «Produzenten» wie der «Konsumenten» rücken würde. Auch so schwerwiegende Probleme wie die wachsenden Schwierigkeiten bei der journalistischen Nachwuchsrekrutierung oder die Unsicherheit in Fragen der Ausbildung würden auf diese Weise sicherlich klarere Konturen bekommen.

In jedem Fall steht fest, dass der Umbruch in der Schweizer Presse zu problematisch und zu komplex ist, als dass die Entwicklung einfach den «Gesetzmässigkeiten des Marktes» überlassen bleiben dürfte. Öffentliche Meinungsbildung ist ohne stabile wirtschaftliche «Infrastrukturen» nicht möglich. Sie ist aber anderseits auch kein blosses kommerzielles Produkt. Darum ist bei den Weichenstellungen für ihre Zukunft eine Sorgfalt am Platz, die sich nicht allein an Soll und Haben, sondern in erster Linie am wohlverstandenen öffentlichen Interesse orientiert.

Presse romande: Crise ou évolution?

DANIEL CORNU

Le tirage de la presse romande n'a fait qu'augmenter depuis trente ans, à l'instar de celui de la presse suisse. Quatre des dix plus grands journaux du pays sont publiés en langue française. Pour 92 titres (dont 23 quotidiens), on compte un tirage moyen dépassant chaque jour un demi-million d'exemplaires et représentant à peu près un journal pour deux habitants. Tous ces signes sont apparemment ceux de la santé. Et pourtant on n'a jamais tant parlé d'une «crise de la presse». Moins d'ailleurs pour dénoncer une évolution réellement catastrophique ou pour constater des dommages irréparables que pour inciter le gouvernement et les milieux d'éditeurs et de journalistes à la vigilance. La presse est-elle menacée? Les dangers sont divers et tous les journaux ne sont pas également vulnérables. C'est pourquoi il est certainement impropre de parler d'une manière globale et peu nuancée d'une crise de la presse écrite. Certains journaux luttent sans doute pour leur existence à court terme, mais d'autres pour leur expansion à long terme. Et si crise il y a, pour ces derniers, c'est au plus une crise de croissance.

La menace des journaux gratuits

Personne n'ignore que la plupart des organes de presse dépendent financièrement, en tout premier lieu, de la publicité. Cette dépendance à tendance à s'accroître. Une enquête menée en 1969 à la demande de la Commission suisse des cartels auprès de dix quotidiens montre que la part des recettes provenant des annonces à passé de 63,5% en 1955 à 73,8% en 1968; celle des recettes provenant de la vente au numéro et des abonnements a décru pendant la même période de 36,5% à 26,2%[1]. Les journaux sont donc très sensibles à toutes les atteintes portées dans ce domaine. L'alerte la plus sérieuse de ces dernières années est venue de différents projets de journaux gratuits, caractérisés par une absorbtion gargantuesque de publicité qu'ils distraient des organes de presse traditionnels.

En automne 1968, on apprenait qu'un puissant groupe financier français, spécialisé dans l'édition de journaux gratuits, avait fait des démarches en Suisse romande en vue du lancement d'un hebdomadaire. Prospection, étude technique des possibilités d'impression et de distribution, évaluation

du marché publicitaire: le groupe Floirat – M. Floirat occupe une forte position à Europe No 1, au sein de la SECAM et de Télé-Monte-Carlo – n'en était pas à son coup d'essai. Le printemps précédant, il avait créé successivement *Hebdo-Lyon*, *Hebdo-Saint-Etienne* et *Hebdo-Toulouse*. Son intention était de lancer peu à peu des organes analogues dans les vingt-cinq plus grandes villes de France. L'hebdomadaire destiné à la Suisse romande devait être tiré à 400000 exemplaires. Le projet est finalement tombé à l'eau... ou tout au moins ajourné à des temps plus propices. Une explication a été donnée de ce renoncement: les dirigeants du groupe se seraient rendu compte de la résistance que leur opposeraient les éditeurs romands et, surtout, de la difficulté de susciter en Suisse une publicité nouvelle, par opposition au marché français où son volume est encore relativement modeste[2]. En mars 1969, le lancement du magazine français *Un Jour*, par le même groupe Floirat, provoqua une nouvelle vague d'inquiétude. Le bruit ne courait-il pas qu'*Un Jour* pourrait être aussi diffusé en Suisse, gratuitement et avec de la publicité d'origine suisse?

Les dangers présentés par les journaux gratuits sont réels. Mais il est possible aussi que les milieux de la presse romande manifestent à leur propos une nervosité plus grande qu'ailleurs. La coutume des feuilles d'annonces gratuites est beaucoup moins répandue en Suisse romande qu'en Suisse alémanique. On ne connaît guère qu'une exception notable à Neuchâtel, où le bulletin officiel de la Ville est assorti d'une partie publicitaire. Mais si l'on consulte les chiffres donnés récemment par la Commission des cartels, on s'aperçoit de l'énorme différence des tirages hebdomadaires d'un côté et de l'autre de la Sarine: près de 3500000 contre 65000. Les lecteurs romands n'ont pas idée de ce que peut être, par exemple, un *Züri-Leu*.

Ces chiffres ne comprennent pas une quarantaine d'autres feuilles qui ne sont pas vraiment gratuites, mais dont les tarifs d'abonnement se situent au-dessous des prix indicatifs minimums de l'Association suisse des éditeurs de journaux ou de l'Union romande de journaux. En Suisse romande, la plus connue de ces publications est *Trente Jours*, qui est largement diffusée depuis 1950 et dont le tirage actuel s'élève à quelque 400000 exemplaires, chiffre correspondant au nombre des ménages romands. Il est clair, dans un cas comme celui-ci, que le prix de vente aux numéro mensuel (1 franc) et celui de l'abonnement annuel (3 francs) ne sont que fiction: le magazine arrive sans la moindre formalité et sans le moindre versement postal dans toutes les boîtes aux lettres. Les éditeurs romands tolèrent *Trente Jours* – au point même que certains rédacteurs attachés à des quotidiens connus y collaborent régulièrement! – mais avec l'idée qu'il doit constituer une exception. Ce qui est une manière peut-être de limiter après coup les effets d'un indiscutable manque d'attention lorsque fut lancé le magazine.

Les réactions ont donc été extrêmement vives quand le groupe Ringier

annonça au printemps de l'an dernier qu'il allait distribuer désormais *L'Illustré* selon un principe analogue. Les plus grands quotidiens de Suisse romande préparèrent aussitôt leur riposte. Un projet de magazine fut élaboré afin de faire échec à *L'Illustré*, dont le tirage prévu (460000 exemplaires) indiquait bien que le prix d'abonnement déjà excessivement modeste était purement symbolique et qu'il serait payé, comme l'écrivait M. Pierre Béguin, «par quelques naïfs seulement – pour ne pas dire quelques dupes»[3]. Le magazine «de combat» des éditeurs romands devait être encarté dans les quotidiens en question et distribué sans majoration du prix à tous leurs lecteurs. Devant cette attitude résolue, Ringier renonça en partie à son projet. Pour l'instant tout au moins, *L'Illustré* n'est donc envoyé en principe qu'à ses abonnés, contre la modique contribution de 8 francs par an. Ce qui montre que tout danger n'est pas définitivement écarté. Il est vrai que la publication du rapport de la Commission des cartels a dressé un nouvel obstacle à de tels projets en Suisse romande. On peut y lire, à propos de *L'Illustré* précisément: «Les indices recueillis permettent de supposer que cet illustré gratuit aurait tôt fait d'absorber 20 à 25% du volume des annonces sur le marché en question. Selon l'estimation des experts, la presse quotidienne d'opinion aurait alors perdu 10 à 15% des annonces (...) Quelques journaux n'auraient pas été économiquement assez forts pour pouvoir supporter une telle perte, de sorte qu'ils auraient certainement été menacés dans leur existence.» Or la loi sur les cartels prévoit que des actions peuvent être intentées s'il existe des effets nuisibles d'ordre économique ou social. Et la commission conclut par cet avertissement de portée plus générale: «Il appartient aux tribunaux de décider si les feuilles d'avis gratuites, principalement celles qui ont une partie rédactionnelle, excercent une *concurrence déloyale* à l'égard de leurs concurrents.» S'il en résulte une atteinte à l'existence d'autres quotidiens ou simplement un danger sérieux, «il incombe aux milieux intéressés d'intenter une action devant le tribunal»[4].

Concurrence de la radio et de la télévision?

Les profonds remous causés en Suisse romande par ces différents projets de journaux gratuits[5] montrent avec évidence que c'est de ce côté-là que la presse voit le plus grand péril. Le conseiller national vaudois Pierre Freymond a d'ailleurs déposé à ce sujet, et à propos des monopoles et des concentrations, une interpellation à laquelle le Conseil fédéral a répondu le 16 mars dernier, lors de la session de printemps des Chambres fédérales.

Cela ne signifie pas toutefois que l'on considère comme négligeable la concurrence de la télévision. La résistance à une éventuelle augmentation du temps accordé à la publicité sur le petit écran n'est pas près de céder.

Pas plus que l'opposition à l'introduction de la publicité à la radio ou à la création d'un impôt sur la publicité, réclamé notamment par les associations de consommatrices. Mais il faut reconnaître que si les éditeurs romands jouent la carte de la solidarité face à toute tentative de les priver d'une partie de leur revenu publicitaire, l'enjeu n'est pas exactement le même pour tous. Car cette source vitale qu'est la publicité ne semble guère tarir pour les journaux jouissant d'une forte implantation locale ou régionale. On a justement remarqué que si les annonceurs se référaient autrefois au tirage global, s'ils tenaient également compte du prestige de certains quotidiens de moyen ou même de faible tirage, ils portent aujourd'hui leur choix sur les journaux qui atteignent un pourcentage élevé de lecteurs dans une région donnée et calculent le rendement en confrontant le prix du millimètre au «contact» offert par le support publicitaire. Cette politique touche donc en premier lieu les quotidiens de moyenne ou de faible importance dont la diffusion est très diversifiée. Les journaux locaux – les grands quotidiens comme les petites feuilles solidement établies dans une commune ou un district – sont certes aussi touchés par toute réduction globale du volume publicitaire, mais de manière moins grave que les journaux moyens dont les lecteurs sont plus disséminés. C'est, pour ces derniers, une difficulté supplémentaire qui s'ajoute aux lourdes charges nécessitées par le développement technique et aux frais relativement plus grands de distribution.

La Commission des cartels se montre très prudente dans son évaluation de la concurrence entre la télévision et la presse écrite dans le domaine de la publicité. La dépense pour les annonces, d'après une enquête du professeur P. Stocker, de Berne, correspondait en 1968 à 39% du total des dépenses publicitaires en Suisse, alors que la part de la télévision était de 4%. Le chiffre n'est pas inquiétant et la Commission des cartels conclut avec une sérénité qui ne nous paraît pas exagérée si l'on considère le marché romand: il existe entre la presse et la télévision, en ce qui concerne les annonces, «une concurrence qui a plutôt les attributs de la complémentarité que ceux de la substitution»[6]. Complémentarité qui correspond à celle de la presse écrite et des moyens audio-visuels en tant qu'organes d'information. On a déjà beaucoup disserté à ce sujet. Les enquêtes et les sondages effectués dans tous les pays d'Europe étayent assez largement cette thèse pour qu'on nous permette de ne pas nous étendre à son propos. D'autant plus que cet aspect n'est nullement spécifique à la Suisse romande.

La pénétration de la presse française

Ce qui l'est davantage, c'est la concurrence des journaux étrangers sur le marché. Alors qu'en Suisse alémanique, la vente des journaux allemands est

relativement faible (ce sont la *Frankfurter Allgemeine* et *Die Welt* qui ont la plus forte diffusion avec quelque 3000 exemplaires chacun par jour[7], celle des quotidiens français est, comparativement au chiffre de la population, beaucoup plus forte en Suisse romande. Des chiffres pas très récents donnent 10000 exemplaires pour *France-Soir*, par exemple[8]. D'après une enquête effectuée à la fin de 1969 par le Centre de recherche et de promotion de la presse suisse, la diffusion du *Monde* est passée de 5663 exemplaires en 1967 à 6761 en 1969[9]. Celle du *Figaro* serait de 2800 exemplaires. A ces trois quotidiens s'ajoutent les hebdomadaires: politiques comme le *Nouvel Observateur* ou l'*Express* (qui annonce une vente de 10000 exemplaires), satirique comme le *Canard enchaîné* (environ 8000 exemplaires) ou à sensation comme *France-Dimanche* et *Ici-Paris*, qui totaliseraient à eux deux quelque 50000 exemplaires[10]. Sans parler des magazines de toute espèce dont la pénétration en Suisse romande bénéficie indiscutablement d'un marché pratiquement désert, mais qui a, contrairement aux quotidiens, son correspondant en Suisse alémanique, où la vente des revues allemandes atteint presque un million d'exemplaires[11].

La différence quantitative qui sépare les lecteurs de langue allemande de ceux de langue française est complétée par une différence qualitative: alors que les quotidiens français sont largement achetés et lus par des lecteurs individuels, les journaux allemands vont surtout aux rédactions pour leur information, aux hôtels pour leur clientèle germanique et un grand nombre d'exemplaires sont achetés par des étudiants allemands immatriculés dans nos universités[12].

Le marché romand se trouvant déjà à la limite de la saturation, le succès de la presse française a des répercussions sur le développement de certains journaux. Il est facile d'imaginer qu'un quotidien comme le *Monde*, très lu par les hommes politiques, dans les milieux d'affaires et par la clientèle universitaire, cause un préjudice à des journaux qui ont traditionnellement porté leur effort sur l'information internationale et culturelle, aux dépens parfois de l'information locale et régionale, et qui n'ont évidemment pas les moyens de rivaliser avec un organe qui est le meilleur de langue française dans son genre. La forte implantation des journaux français tient à deux facteurs essentiellement. Le premier est le rayonnement de Paris et de la France sur toutes les régions francophones. Le lecteur romand – le lecteur cultivé surtout – est porté à s'intéresser aux événements politiques et culturels du pays voisin plus vivement que le lecteur alémanique ne s'intéresse aux questions allemandes. Plus que d'un intérêt, on peut parler même d'une participation. Le phénomène est connu et touche d'autres secteurs que la presse. En second lieu, la presse romande ne possède ni la *Neue Zürcher Zeitung* ni le *Blick*. C'est-à-dire ni de quotidien jouissant d'une réelle portée internationale[13], ni de véritable journal de boulevard. Rien d'étonnant donc

au succès du *Monde* ou, à l'opposé, à celui d'*Ici-Paris*. Mais là encore, il est difficile de parler de concurrence, sauf pour quelques journaux très particuliers. Un examen objectif permet une nouvelle fois de conclure plutôt à une complémentarité. Le journal qui accorde la place qu'ils méritent aux informations et aux commentaires touchant la vie locale, régionale et nationale, qui offre à ses lecteurs les services qu'ils attendent de lui, n'est nullement menacé par l'expansion de la presse française.

Le mouvement de concentration est lancé

Toutes ces questions concernant la concurrence rencontrée, sur le marché publicitaire surtout, par la presse écrite sont connues des spécialistes mais généralement ignorées du grand public, qui tend à ne considérer les journaux que sous leur aspect rédactionnel. Ce qui le frappe davantage, et qui l'incite d'ailleurs à parler d'une «crise», est le mouvement de concentration amorcé depuis quelques années: des journaux disparaissent, d'autres sont absorbés par un voisin plus puissant ou plus dynamique, d'autres encore s'entendent pour mettre en commun leurs services techniques, leur appareil de distribution ou une partie de leurs textes rédactionnels, parfois même les trois ensemble. De 1955 à 1969, le nombre total des journaux romands est tombé de 106 à 92.

Dans le canton de Neuchâtel, la *Feuille d'Avis de Neuchâtel* fusionne avec l'*Express*, puis absorbe le *Courrier du Val-de-Travers*, qui de quotidien devient hebdomadaire. *L'Impartial* de La Chaux-de-Fonds s'allie avec la *Feuille d'Avis des Montagnes*. Depuis octobre 1965, le quotidien socialiste *Le Peuple* n'est plus que l'édition régionale genevoise et vaudoise de *La Sentinelle*, éditée dans la capitale horlogère.

En Valais, le *Nouvelliste valaisan* absorbe d'abord le *Rhône*, puis la *Feuille d'Avis du Valais*. Le titre du nouveau quotidien est *Nouvelliste et Feuille d'Avis du Valais*. Le *Confédéré*, de tendance radicale, devient quotidien grâce à un accord avec la *Nouvelle Revue de Lausanne*. Ce dernier journal vient de s'entendre de son côté avec la *Gazette de Lausanne* pour une mise en commun de la publicité et la publication de certaines pages (programmes de radio et de télévision, cotes et informations boursières, informations internationales). Depuis le début du mois d'avril un lien étroit existe donc entre les deux quotidiens lausannois et le journal valaisan.

Dans la partie francophone du canton de Berne, le *Journal du Jura*, édité à Bienne, absorbe la partie française de l'ancien *Express* bilingue de la même ville, puis la *Tribune jurassienne* de Moutier. Le *Journal du Jura* est propriété du même éditeur que le *Bieler Tagblatt* (qui a lui-même repris le *Seeländer Bote*). *Le Jura*, de Porrentruy, qui paraissait trois fois par semaine, n'est plus qu'un hebdomadaire.

Dans le canton de Fribourg enfin, qui ne compte plus qu'un seul quotidien *(La Liberté)*, deux feuilles gruyériennes ont fusionné l'an dernier: *La Gruyère* et la *Feuille d'Avis de Bulle*. Le nouveau journal paraît trois fois par semaine.

D'autres fusions ont eu lieu touchant de petits journaux, notamment dans la région de La Côte, qui s'étend entre Genève et Lausanne. Pour l'instant, le seul canton qui ait échappé au phénomène de concentration est celui de Genève, l'entente entre *Le Peuple* et *La Sentinelle* pouvant être considérée comme un cas particulier. Un essai de collaboration entre le *Courrier* (catholique) et *La Liberté* de Fribourg a duré quelques mois, mais il n'a pas été concluant et chaque journal a repris sa totale indépendance. On a fréquemment parlé d'un accord possible entre les deux quotidiens libéraux, le *Journal de Genève* et la *Gazette de Lausanne*. La confection d'un supplément littéraire commun aurait été la première étape vers une collaboration plus étroite pouvant aller jusqu'à l'édition d'un seul journal. Plusieurs fois interrompus, plusieurs fois repris, les pourparlers n'ont débouché pour l'instant sur aucun résultat tangible. Il est difficile de dire actuellement dans quelle mesure la récente entente entre la *Gazette* et la *Nouvelle Revue* constitue un obstacle sérieux à la poursuite de discussions.

Les raisons de ce mouvement de concentration ne sont pas propres à la presse romande: augmentation du coût de production (matières premières et salaires), investissements de plus en plus lourds dans le domaine technique, lutte toujours plus intense pour assurer les revenus publicitaires indispensables, exigences accrues des lecteurs, etc. Il est clair toutefois que ces raisons pèsent d'autant plus sur la presse romande et sur la presse suisse en général que le nombre des publications est extrêmement élevé. Faut-il déplorer ce phénomène? Certes, c'est un peu de l'«esprit suisse», fortement marqué par le fédéralisme, par l'autonomie cantonale et surtout communale, qui s'en va. Mais il n'est pas toujours raisonnable d'aller trop loin au secours des «petits», condamnés par une évolution économique qui les dépasse. Certaines feuilles – dont le directeur-rédacteur-en-chef-et-unique-rédacteur n'est souvent que l'imprimeur de l'endroit – ne sont pas forcément les «bastions du fédéralisme» que l'on prétend parfois. La place qu'elles réservent à l'information locale proprement dite, et la nature même de cette information, la pauvreté des commentaires, ne justifient pas leur existence dans tous les cas et à tout prix. Quelques nouvelles disparitions, quelques fusions, quelques absorptions ne modifieront pas profondément le visage de la presse suisse. Ses traditions et l'existence de plusieurs régions linguistiques préservent pour longtemps encore les particularismes qu'elle reflète.

Les concentrations dans la presse suscitent presque toujours la même question: l'évolution ne condamne-t-elle pas les journaux d'opinion au profit des grands journaux d'information? Et cette condamnation n'est-

elle pas celle aussi de la démocratie? Il s'agit d'un faux problème. En Suisse romande, la presse de parti est nettement moins forte qu'en Suisse alémanique. Certains organes portent encore une étiquette, comme les deux journaux libéraux la *Gazette de Lausanne* et le *Journal de Genève*, mais leurs rédactions sont assez indépendantes des partis politiques dont ils expriment généralement la tendance. En outre – c'est le plus important – la presse politique n'a pas le monopole de l'opinion, et moins encore de l'information touchant la politique nationale ou internationale. Une étude statistique montrerait aisément que de grands journaux d'information qualifiés de «neutres», comme la *Feuille d'Avis de Lausanne* ou la *Tribune de Genève*, publient davantage d'éditoriaux et de commentaires que des organes apparemment plus politiques. Le premier de ces quotidiens a fait d'autre part la démonstration qu'il avait accordé aux élections fédérales de 1967 une place nettement plus importante que d'autres quotidiens romands exprimant des tendances politiques déterminées. M. Marcel Pasche, directeur d'édition de ce journal, en tire cette conclusion: «L'indépendance politique d'un journal n'implique pas nécessairement son désintéressement civique, bien au contraire[14].» Cela est si vrai que tous les grands journaux romands semblent décidés à accorder, face à la concurrence de la radio et de la télévision, une importance de plus en plus grande aux commentaires. Sera-ce au prix d'une mollesse, d'une uniformisation, d'un conformisme, par souci de ne pas choquer certains lecteurs et de ne pas compromettre l'expansion commerciale du journal? Il ne le semble pas, tout au moins dans la plupart des cas. Les principaux quotidiens romands pratiquent au contraire une politique très tolérante et laissent leurs rédacteurs s'exprimer avec une remarquable indépendance. Ce qui est une manière au moins aussi valable que le maintien d'une multitude d'organes de presse d'assurer l'expression de la diversité des opinions... et leur audience! Mais c'est peut-être un luxe qu'ils sont les seuls à pouvoir s'offrir. Les quotidiens de moins grande envergure qui jouissent de quasi monopoles dans une région déterminée sont moins tentés par cette attitude libérale. Ainsi, le *Nouvelliste et Feuille d'Avis du Valais* et *La Liberté* (qui vient de subir un profond remaniement rédactionnel) jouent volontiers le rôle de moniteurs de l'opinion dans leurs cantons respectifs, sans trop s'embarrasser de nuances. Leurs positions souvent monolithiques – le cas du Valais est à cet égard le plus typique – favorisent cependant la pénétration de journaux extérieurs au canton, auprès desquels les lecteurs cherchent précisément une opinion différente de celle de l'organe dominant.

La démonstration faite par la *Feuille d'Avis de Lausanne* de son intérêt pour la chose publique (la tâche avait été confiée à deux experts en sciences politiques) est encore plus significative si l'on songe que ce journal appartient au groupe de presse le plus puissant de Suisse romande. La Lousonna SA détient en effet plus des deux tiers (69,5%) du capital-actions de la Société

de la Feuille d'Avis de Lausanne et Imprimeries réunies – qui possède elle-même la *Tribune de Lausanne-Le Matin* – une part importante de Sonor SA, société éditrice de *La Suisse*, 50% du capital-actions de Kiosque SA, l'une des quatre agences de journaux parmi les plus importantes du pays. Sans parler de la société de participation Sedunia, Société anonyme financière (Banque de Sion, de Kalbermatten & Cie), dont le siège est à Sion et qui appartient également à ce groupe. La Lousonna, qui est pour moitié la propriété de MM. Marc et Jean-Pierre Payot et pour l'autre moitié de M. Marc Lamunière, a donc une position extrêmement forte sur le marché romand: 25% environ avec les seules *Feuille d'Avis de Lausanne* (85661 exemplaires) et *Tribune de Lausanne-Le Matin* (60182 exemplaires, y compris le tirage dominical). Elle est encore plus marquée si l'on tient compte de la part de 10% de *La Suisse* (65098 exemplaires, y compris le tirage dominical)[15]. Face à ce géant de la presse romande, les autres quotidiens constituent des groupes indépendants, souvent très solides en raison de leur forte implantation locale comme la *Tribune de Genève* (62917 exemplaires).

Quelques perspectives d'avenir

Tous les aspects que nous avons évoqués jusqu'ici (concurrence des journaux gratuits, de la radio, de la télévision et de la presse étrangère, amorce d'un mouvement de concentration) ne peuvent être ignorés dans le contexte actuel. Mais leur portée doit être considérée dans des perspectives plus lointaines. Se limiter à leurs effets à court et moyen termes, c'est déjà observer un combat d'arrière-garde. Car la presse est appelée à des transformations si radicales qu'il est impérieux d'élargir immédiatement l'horizon. M. Jean-Claude Nicole, administrateur-délégué et directeur général de Sonor SA, a prononcé récemment devant diverses associations de Suisse romande, une conférence remarquable sur «La presse écrite en marche vers l'an 2000», dont nous approuvons le ton empreint d'optimisme. Cette conférence nous semble répondre de manière assez détaillée au problème que posait M. Oskar Reck dans l'annuaire 1969 de la Nouvelle société helvétique: aujourd'hui, dans une situation évidemment délicate, la question n'est pas de savoir *si* la presse survivra, mais *comment*[16].

L'avenir de la presse écrite paraît aujourd'hui déjà tellement étonnant pour une génération habituée à des journaux dont la forme n'a guère changé depuis le siècle dernier que l'on ne sait si l'expression même de «presse écrite» correspondra encore exactement, au terme de l'évolution, à la nature du produit. Au Japon déjà, des systèmes nouveaux sont actuellement mis à l'essai pour introduire dans les mœurs le «journal à domicile», soit par un récepteur appelé *Telenews* permettant de restituer une page de journal sur un

papier enregistreur électrostatique, soit grâce à un appareil encore plus révolutionnaire capable de reproduire à domicile un fac-similé du journal en utilisant les canaux image ou son des appareils de télévision. La presse romande n'en est pas encore là. Mais deux journaux déjà sont en train de s'équiper pour l'offset: la *Tribune de Genève*, qui a pris l'initiative en Suisse et qui offrira le printemps prochain à ses lecteurs un journal renouvelé de petit format, et le *Nouvelliste et Feuille d'Avis du Valais*. L'impression offset n'est pas encore la grande révolution de la presse écrite. Elle en est pourtant un signe avant-coureur: le plomb, utilisé depuis Gutenberg, cédera la place au film, la composition «chaude» à la composition «froide» ou photocomposition. La voie est ouverte à l'impression à distance. Des possibilités nouvelles de collaboration apparaissent. Les journaux pourront échanger bientôt des pages complètes dont le film négatif (original ou fac-similé) sera immédiatement utilisable par chacun d'eux. La photocomposition offre un rapport prix/production très intéressant: alors qu'une linotype a une production horaire de 8000 signes au plus et représente un investissement moyen de 150000 francs, une photocomposeuse commandée par un ordinateur est capable de produire 400000 signes à l'heure et coûte environ 750000 francs[17]. Il est toutefois évident que toutes les entreprises de presse existant actuellement en Suisse romande ne pourront se permettre une telle reconversion. Constatation qui permet à M. Nicole de conclure fort pertinemment: «Les différences existant entre journaux quant à leur mode d'impression, relativement faibles aujourd'hui, s'amplifieront dans l'avenir au gré des découvertes et de la possibilité financière qu'auront les uns et les autres d'appliquer les techniques les plus modernes.»

Ces quelques indications très sommaires permettent de tirer au moins trois conclusions. Premièrement, la presse écrite va jouer son avenir sur le terrain économique. Sans que l'aspect rédactionnel soit ignoré, c'est d'abord au niveau de l'entreprise, de sa gestion et de son développement que chaque journal devra se battre pour garder sa place ou accroître son rayonnement. Deuxièmement, toujours dans cette optique, la fonction du journal comme support publicitaire prendra demain une importance plus grande encore qu'aujourd'hui. Les quotidiens qui disposeront d'un appareil technique très moderne, capable d'offrir aux annonceurs la couleur et tous les avantages qui lui sont assortis, vont drainer une part importante des budgets de publicité au détriment d'autres organes moins bien équipés. Un journal qui n'aura pas su ou qui n'aura pas pu évoluer trouvera toujours des lecteurs attachés à la forme rédactionnelle qu'il propose ou aux opinions qu'il défend; il est beaucoup moins sûr qu'il trouve aussi longtemps les annonceurs qui le feront vivre. Troisièmement, les perspectives nouvelles découvertes depuis quelques années indiquent que l'on va vers une intégration toujours plus grande, non seulement des organes de presse traditionnels, mais de l'en-

semble des moyens de communication. Il est possible que d'ici la fin de ce siècle la distinction entre les groupes qui assurent la fabrication des différents moyens de communication (livre, journal, radio, télévision, etc.) ne soit plus aussi claire qu'elle l'est encore aujourd'hui. Les expériences en cours au Japon montrent que leur pratique sera de plus en plus solidaire.

Cette «vision du futur» est-elle trop audacieuse? Nous ne le pensons pas. Et nous savons que quelques grandes entreprises de presse romandes y songent déjà.

[1] Concentration dans la presse suisse (Publications de la Commission suisse des cartels, Heft 4, 1969), p.311. Sept journaux sur les dix ont répondu dans les délais. – [2] Presse-Forum, Bulletin d'information du Centre de recherche et de promotion de la presse suisse, Lausanne, No 8, p.3–4, No 9, p.13. – [3] Presse-Forum, No 14, p. 2. – [4] Concentration dans la presse suisse, ouvrage cité, p.308–310. – [5] On peut encore signaler le cas d'une publication mensuelle «Genève Communes», elle aussi pratiquement gratuite, qui vient d'être lancée et qui est adressée à tous les ménages genevois, sauf à ceux de la ville de Genève. – [6] Concentration dans la presse suisse, ouvrage cité, p.278–279. – [7] Chiffres donnés par Ernst Bollinger dans: L'image structurelle de la presse suisse: tendances et perspectives, Revue économique et sociale, Mai 1968, No 2, p. 103. [8] Ibidem. – [9] Les diverses sources que nous avons consultées donnent des chiffres très variables. Les différences peuvent provenir de la distinction, pas toujours claire, entre la *diffusion* (abonnement et vente au numéro) et la *vente* (vente au numéro seulement). Une enquête personnelle auprès de l'administration du «Monde» nous a valu la réponse suivante: quelque 900 abonnements et 3950 numéros vendus chaque jour en moyenne. Voir Presse-Forum, no 18, p.11–12. – [10] Presse-Forum, no 18, p.11–12, et Otto Frei, Der Existenzkampf der Zeitungen im Welschland, Neue Zürcher Zeitung, 2 février 1969, No 69, p.21. – [11] 912272 selon le rapport de la Commission suisse des cartels, ouvrage cité, p. 263. – [12] Ernst Bollinger, ouvrage cité p.103. – [13] 26% du tirage du *Journal de Genève* vont à l'étranger. Mais il ne s'agit que de 4168 exemplaires (contrôlés en mars 1970). La *Tribune de Genève* «exporte» 2860 exemplaires (contrôlés en novembre 1968) et la *Gazette de Lausanne* 1423 (contrôlés en décembre 1967). – [14] Feuille d'Avis de Lausanne des 21 et 22 mars 1970, p.3. – [15] Ces renseignements sont donnés dans: Concentration dans la presse suisse, ouvrage cité p.297–298. La Commission des cartels attribue à Lousonna SA 40% du capital-actions de Sonor SA. D'après des renseignements de très bonne source, cette participation serait en fait inférieure puisqu'il s'agirait de 40% *de la part de l'actionnaire majoritaire* de la société éditrice de *La Suisse*. La *Tribune de Lausanne – Le Matin* et *La Suisse* disposent en Suisse romande d'un duopole pour leurs éditions du dimanche, puisqu'ils sont les seuls à paraître ce jour-là. Pour obtenir un tirage comparable aux autres quotidiens ne paraissant que la semaine, il faut réduire leurs chiffres respectifs d'environ 7000 exemplaires. – [16] Oskar Reck, Zur Gegenwartsproblematik der Schweizer Presse, dans: Sommes-nous informés? Annuaire 1969 de la Nouvelle société helvétique, p.106. – [17] Chiffres donnés par M. Jean-Claude Nicole. De larges extraits de sa conférence «La presse écrite en marche vers l'an 2000» ont paru dans: Presse-Forum No 21, p.4–8.

Deutschland: Das grosse Missbehagen

KARLHEINZ RENFORDT

Bedrängte Pressefreiheit

Nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland wächst im Bereich der öffentlichen Meinung Misstrauen. Aber durch eine Reihe spektakulärer Ereignisse, wie beispielsweise der Kampagne gegen den mächtigen Springer-Konzern nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke, den Repräsentanten der jungen Linken in Deutschland, ist die Skepsis hier grösser und bewusster geworden. Immer wieder liest und hört man von «monopolistischer Kontrolle von Information und Meinungsäusserung», von der «Totalität der Diktatur der Meinungsmacher», vom «Rundfunk- und Fernsehmonopol», von der «Herrschaft bestimmter Verlagsgruppen und ihrer meinungspolitischen Gleichschaltung», von der «Manipulation der öffentlichen Meinung». Selbst in der wissenschaftlichen Literatur findet man Sätze wie: «Eben die monopolistische Publizistik ist es, die heute Staat und Gesellschaft, die die Demokratie aushöhlt und funktionsunfähig zu machen droht. Sie hat in alle Medien ... Einzug gehalten. Sie sind weithin monopolpublizistische Führungsmittel, eigenständige Beeinflussungsfaktoren der öffentlichen Meinungsbildung.»

Das Missbehagen an dem Wirken der Publikations-Medien ist nicht auf Leser, Hörer und Fernsehzuschauer beschränkt, sondern es hat ebenso viele Journalisten selbst erfasst. Die Sätze «die Zeitungen sind den Händen der Schriftsteller entwunden; das Zeitungswesen verfällt zusehends der Abhängigkeit; eine neue Tyrannei ist im Werden»; Notrufe eines enttäuschten Vorkämpfers der Pressefreiheit in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts haben eine neue Aktualität gewonnen. Wie damals die gerade errungene Pressefreiheit in den Händen oder unter dem Einfluss der aufstrebenden technisierten Grossverlage in Gefahr geriet, so fürchten auch heute ganze Zeitungsredaktionen um ihre Unabhängigkeit, weil der Konzentrationsprozess noch weit grössere Ausmasse angenommen hat.

Zwar garantiert die Verfassung der Bundesrepublik, das Grundgesetz, die Pressefreiheit, aber die Väter dieses Gesetzes hatten nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Terrorherrschaft vor allem die Gefahr einer Gleichschaltung des Pressewesens durch den Staat vor Augen. Dass es

auch andere Gefahren für eine unabhängige Informations- und Meinungsbildung geben könnte, übersahen sie. Die Verfassung hat nur im Artikel 5 des Grundgesetzes die Presse-, Film- und Rundfunkfreiheit als Grundrecht anerkannt. Wenngleich das Bundesverfassungsgericht die Feststellung getroffen hat, dass das Grundrecht der Pressefreiheit mehr bedeute als nur die Garantie der freien Meinungsäusserung mittels der Presse, und garantiert werde vielmehr in der Verfassung «die institutionelle Eigenständigkeit der Presse von der Beschaffung der Information bis zur Verbreitung der Nachricht und Meinung», so ist dies zu wenig Schutz, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Presse vor ihrer zweiten technischen Revolution steht.

Drucktechnik und Investitionen – unentrinnbarer Trend zur Konzentration

Tiefgreifende Veränderungen bei der Zeitungsherstellung kündigen sich an. Das bisher verwandte Blei und der bisher übliche Setzmaschinensatz werden beispielsweise durch den elektrischen Lichtsatz abgelöst werden. Die Schrifttypen brauchen nicht mehr gegossen zu werden. Das Buchstabenbild wird in einer Geschwindigkeit von 200 bis 2000 Buchstaben in der Sekunde auf einen Film projiziert. Anstelle des heute noch in der Zeitungsbranche gebräuchlichen Rotationshochdrucks wird in naher Zukunft der Offsetdruck treten. Satzcomputer werden bald die Herstellung kompletter Zeitungsseiten durch spezielle Umbruchprogramme ermöglichen, die direkt über Fernsehsender den Abonnenten ins Haus geliefert werden können. Erste Versuche hat die auflagenstärkste Zeitung der Welt, die japanische «Asahi Shinbun», schon im September vorigen Jahres auf der Britischen Woche in Tokio vorgeführt.

Die im Laufe einer solchen Entwicklung notwendigen Investitionen werden den bereits deutlich gewordenen Konzentrationsprozess zweifellos noch weiter beschleunigen. Die Konzentration im Pressewesen ist deshalb so alarmierend, weil durch das Verschwinden selbständiger Zeitungen und das Abnehmen redaktioneller Einheiten die Gefahr von Informations- und Meinungsmonopolen wächst, zumal sich schon jetzt andeutet, dass Unternehmer, die bisher Zeitungen und Zeitschriften herausbrachten, sich mit grossen Buchverlagen zusammenschliessen und ausserdem auch für andere Medien Kassettenfernsehen, Schallplatten und Bänder produzieren. Allein in der Zeitungsbranche hat sich in der Bundesrepublik die Zahl der selbständigen publizistischen Einheiten von 225 im Dezember 1954 auf 154 im Februar 1968 verringert, wie aus der Stellungnahme der Bundesregierung zum Schlussbericht der von ihr eingesetzten Pressekommission hervorgeht. Vor allem kleine Zeitungen sind verschwunden oder tauchen nur noch als Kopfblätter anderer Regionalzusammenschlüsse auf. Konzentration und

Kooperation haben örtlich zu einem sogenannten «Lokalmonopol» einzelner Zeitungen geführt. Seit 1969 ist beispielsweise zum ersten Male in einem Bundesland, nämlich in Rheinland-Pfalz, fast die Hälfte – wenn man den eingeschränkten Wettbewerb einbezieht, fast zwei Drittel – der Einwohner ohne Auswahlmöglichkeit auf dem Zeitungsmarkt. Dies stellte Walter G. Schütz in einer Studie in der Zeitschrift «Publizistik» fest. Als Indiz für den Rückgang der Kreise mit höherer Zeitungsdichte weist Schütz auf die Situation in den Hauptstädten der Bundesländer hin: 1969 erschien in zwei Landeshauptstädten – Kiel und Mainz – nur noch eine örtliche Zeitung, in Wiesbaden werden zwei Zeitungen, jedoch von der gleichen Verlagsgruppe angeboten. Zwei Zeitungen stehen miteinander noch in Stuttgart, Saarbrücken und Bremen im Wettbewerb, drei Zeitungen nur noch in Düsseldorf und Hannover (hier jedoch zwei aus der gleichen Verlagsgruppe mit zum Teil identischem Inhalt). In Hamburg mit vier Zeitungen – darunter zwei Strassenverkaufszeitungen – aus zwei Verlagen sowie in München mit zwei Abonnements- und drei Strassenverkaufszeitungen aus drei Verlagen ist äusserlich eine überdurchschnittliche Zeitungsdichte festzustellen. West-Berlin nimmt mit vier Abonnements- und vier Strassenverkaufsblättern aus fünf Verlagen eine sonst nirgendwo im Bundesgebiet zu beobachtende Ausnahmestellung ein. Unter den 57 Städten mit mehr als 100000 Einwohnern im Bundesgebiet waren im August 1969 elf, das sind 19,3 Prozent aller Grossstädte, in denen nur noch eine örtliche Zeitung angeboten wurde. Bei diesen elf Städten handelt es sich um: Augsburg, Bremerhaven, Freiburg, Karlsruhe, Kassel, Kiel, Koblenz, Lübeck, Mainz, Oldenburg, Osnabrück.

Nun ist natürlich Meinungsvielfalt nicht allein durch die Zahl von selbständigen Publikationsorganen garantiert, zumal bei dem Meinungsbildungsprozess auch andere Komponenten eine Rolle spielen: beispielsweise die überregionale Presse, obwohl auch hier beim Vergleich mit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und der Weimarer Republik – nicht zuletzt wegen des Fehlens eines politischen Zentrums, wie es Berlin bis 1945 war – eine starke Abnahme festzustellen ist. Damals erschienen rund 20, gegenwärtig nur sechs überregionale Tageszeitungen: «Frankfurter Allgemeine», «Die Welt», «Süddeutsche Zeitung», «Industriekurier», «Handelsblatt» und «Bild-Zeitung», wobei die «Bild-Zeitung» sowohl durch die hohe Auflage wie durch ihren Boulevardcharakter aus dem Rahmen der anderen Blätter fällt, die eher vom sogenannten «Opinionleader» gelesen werden. Da der Begriff «überregional» nicht eindeutig ist – gemeinhin wird darunter die Verbreitung einer Zeitung in der gesamten Bundesrepublik verstanden –, ist es fraglich, ob auch Presseorgane wie die «Frankfurter Rundschau» und die «Stuttgarter Zeitung» erwähnt werden müssten.

Bei der Untersuchung der inhaltlichen Merkmale der bundesrepublikanischen Presse zeigt sich, dass die echte Parteipresse im Vergleich zur Weimarer Republik stark abgenommen hat. Die «Frankfurter Allgemeine», die «Süddeutsche» und «Die Welt» erheben ebenso wie über 90 Prozent aller anderen Zeitungen der Bundesrepublik den Anspruch, unabhängig und überparteilich zu sein. Analysiert man allerdings allein die Kommentare der drei überregionalen Blätter, so ergibt sich, dass «Die Welt» und die «Frankfurter Allgemeine» mehr oder weniger der CDU zuneigen. Kurz nach seiner Einstellung sagte der derzeitige Chefredakteur der im Springer-Konzern erscheinenden «Welt», Kremp: «Ich bin ein Mann der Mitte.» In einem Fernsehinterview mit Werner Höfer sagte Kremp auf die Frage, ob er auch seine Mitarbeiter unter diesem Blickwinkel auswähle, die Orientierung zum «Prinzip der Mitte» würde er auch bei Auswahl und Lenkung seiner Mitarbeiter wirksam werden lassen. «Sehr weit nach links würde ich nicht gehen.» Kurz darauf schrieb das Nachrichtenmagazin der «Spiegel»: «Diesem Kredo der ersten Stunde ist Herbert Kremp bis heute treu geblieben. Der ehemalige Chefredakteur der CDU-nahen ‹Rheinischen Post› steuerte Springers Flaggschiff sorgsam rechts vorbei an den Positionen, die links von der CDU lagen und für ihn gefährliches Fahrwasser markierten.»

Als die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» nach der Regierungsbildung durch Sozialdemokraten und Liberale nach der letzten Bundestagswahl in den Geruch geriet, mehr und mehr im politischen Teil auf SPD-Kurs geraten zu sein, setzten sich drei der sechs Herausgeber dieser Zeitung, flankiert von der Verlagsleitung, über die sonst hier geübten kollegialen Formen hinweg und bewirkten, ohne die beiden anderen politischen Herausgeber zu befragen, die Lösung des Vertragsverhältnisses des dritten Herausgebers, des Leitartiklers Jürgen Tern, «eine der tragenden Säulen des Blattes». Zwar wurde nach dem Handstreich erklärt, dass dies nicht aus politischen Gründen erfolgt sei, aber die Stellungnahme Terns, das Echo von aussen sowie die Unruhe in der Redaktion haben Zweifel an dieser Erklärung bestehen lassen, wenngleich das grundsätzliche Bestreben zur Unabhängigkeit unter den Herausgebern nicht in Frage zu stellen ist.

Überwiegend SPD-freundlich verhält sich dagegen die dritte der grossen überregionalen Zeitungen, die «Süddeutsche», die auch in Wahlkämpfen für die SPD Partei ergriff. Unterstützt werden die Sozialdemokraten auch von der «Konzentration GmbH», wenngleich bei der ihr angehörenden über 20 Zeitungsverlage, die Zeitungen mit einer Gesamtauflage von etwa 1,4 Millionen Exemplaren herausbringen, die institutionellen Einwirkungsmöglichkeiten auf ein Minimum reduziert worden sind. Die Verlage gehören auch nicht der «Konzentration», sondern die «Konzentration» gehört im

wesentlichen den Verlagen. Von dem Gesellschaftskapital von 150000 Mark der «Konzentration» hält der Schatzmeister der SPD, Alfred Nau, lediglich 10000 Mark und weitere 40000 Mark nominell; die anderen Anteile stellen kleinere und grössere Unternehmen. Zu der Gesellschaft zählen Blätter wie die «Hannoversche Presse», die «NRZ Neue Ruhr-Zeitung und Neue Rhein-Zeitung», der «Telegraf», die «Westfälische Rundschau».

Die CDU verfügt über keine eigene Tages- oder Wochenzeitung – allerdings haben 1947 zahlreiche Verleger und Journalisten, die der CDU angehören, den «Verein Union-Presse» gegründet. Die Zeitungen des Vereins sind wirtschaftlich selbständige, ohne organisatorische Verbindung mit der Partei arbeitende Unternehmen, die sich unter anderem die gemeinsame Behandlung von Tagesfragen zum Ziel gesetzt haben. Zu den Mitgliedsblättern des Vereins gehören beispielsweise die «Aachener Volkszeitung», die «Frankfurter Neue Presse», die «Kölnische Rundschau» sowie die «Rheinische Post». Einschliesslich aller Bezirks- und Lokalausgaben erreichen die Zeitungen des Vereins eine Auflage von rund einer Million Exemplaren.

Der Schatten Axel Springers

Das mächtigste Presse-Imperium der Bundesrepublik ist der Springer-Konzern, der fünf Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von weit über fünf Millionen herausbringt; allein in über vier Millionen Exemplaren erscheint die «Bild-Zeitung». Zu diesen Publikationen kommen noch zwei Sonntagszeitungen und mehrere Publikumszeitschriften, darunter «Hör zu» mit annähernd 4 Millionen Auflage. Gegen solche Zusammenballung nehmen sich andere Unternehmen wie die in Essen erscheinende «Westdeutsche Allgemeine Zeitung», die grösste deutsche regionale Tageszeitung mit einer Auflage von etwa 500000 Exemplaren, nahezu klein aus, zumal bei Springer nach dem Bündnis mit dem grossen Verlagshaus Bertelsmann der Schritt zu anderen Massenmedien, vor allem einem breiten Büchermarkt, bereits getan ist.

Das Zusammengehen von Springer und Bertelsmann hat neuerlich vielen Furcht um die Pressefreiheit eingejagt. Beispiele von angeblichen Nachrichtenmanipulationen in Springer-Blättern hatten die Öffentlichkeit schon vorher unruhig gemacht. In einem Prozess, den Springer gegen die Wochenzeitschrift «Die Zeit» führte, weil sie in einem Artikel behauptet hatte, «Die Springer-Zeitungen verfälschen die Wahrheit», entschied dann auch das angerufene Gericht 1968 gegen den Konzern, weil der Vorwurf «Der Zeit» gerechtfertigt gewesen sei.

Der Fall ist sicher nicht ohne weiteres zu verallgemeinern, aber auch bei wahrhaftiger Berichterstattung ist die Gefahr einseitiger Unterrichtung nicht

gebannt. Wenn man bedenkt, dass allein die «Deutsche Presse-Agentur» an jedem Tag etwa 800000 Worte zugeschrieben erhält, aber nur etwa 90000 wieder weiterverbreitet und davon oft nur ein geringer Teil von den Abnehmern schliesslich veröffentlicht wird, wird klar, welcher Auswahlprozess im einzelnen stattfindet. Zwar gibt es ja nicht nur die Zeitungen, sondern Information kann durch vielfältige Medien geschehen, die teilweise im Wettbewerb sind. Allerdings ist bisher noch nicht erwiesen, ob beispielsweise beim Wettbewerb zwischen Fernsehen und Zeitungen die Zeitung durch das Fernsehen an Bedeutung und Einfluss verliert und in besorgniserregendem Masse Anzeigeneinbussen hinnehmen muss. Manche Beobachtungen deuten eher eine gegenseitige Ergänzung an. Die Zeitung allgemein gesehen hat durchaus weiter Zukunftschancen; was allerdings in Gefahr geraten kann, ist die Pressefreiheit. Gerade durch den Konzentrationsprozess der Presse wird vielen deutlich, dass es sich bei der Pressefreiheit in der Bundesrepublik um eine Verlegerfreiheit handelt. Dies hat bei vielen Journalisten zu dem Bestreben geführt, eine Regelung zu erwirken, die den einzelnen Redakteuren und Redaktionen eine «innere Pressefreiheit» gegenüber dem Verleger gewähren. Einige Redaktionsstatute sind schon verabschiedet worden.

Pressefreiheit in einer mündigen Gesellschaft

Die Kernfrage bei dem Nachdenken über die derzeitige garantierte Pressefreiheit in der Bundesrepublik ist: Reicht sie aus, um der Presse die Aufgabe, die sie in einer mündig gewordenen Gesellschaft zu erfüllen hat, zu ermöglichen? Wenn man erwartet – und dies tut man –, dass der Bürger immer grösseren aktiven Anteil am Mitgestalten des gesellschaftlichen Lebens haben muss, dass heisst, wenn der Demokratisierungsprozess in allen Teilbereichen des menschlichen Lebens fortschreiten soll, dann kommt man zu dem Schluss, dass die gegenwärtigen Regelungen nicht ausreichen. Denn Demokratie kann nur im gegenseitigen Gespräch miteinander, in der geistigen Auseinandersetzung, im offenen Austragen von Konflikten zwischen einzelnen Gruppen erhalten werden und wachsen. Diese notwendige Entwicklung kann aber bei einer Monopolisierung, ja schon bei der jetzigen Struktur der Presse gestört werden. Nach den Erfahrungen, die Verstaatlichungen in sozialistischen und faschistischen Ländern gezeigt haben, scheidet eine solche radikale Massnahme von vornherein aus. Öffentlichrechtliche Konstruktionen neigen, wie man in der Bundesrepublik sieht, zu übermässigem Bürokratismus, und sie bergen auch für die Kontrollorgane die Verlockung in sich, ohne auf die Pluralität der Meinungen genügend acht zu haben, sich einzumischen. Ein durch Marktanteil korrigiertes liberales Gleichgewichts-

modell in der Presse kommt bei dem Streben nach rationellem Wirtschaften mit der Neigung zu Grossunternehmen in Konflikt.

In Journalistenkreisen wird oft als eine Lösungsmöglichkeit der schwierigen Fragen mit dem «‹Le-Monde›-Modell» geliebäugelt. Die angesehene französische Zeitung ist im Besitz der Redakteure und Angestellten. Aber vielleicht ist die Lösung nur so attraktiv, weil «Le Monde» eine so gute Zeitung ist. Bei den Erörterungen in der Bundesrepublik spielt auch die Stiftungsform im Zeitungswesen eine grosse Rolle; die «Frankfurter Allgemeine» ist so strukturiert. Allerdings – seit, trotz des Stiftungscharakters, in Frankfurt der Mitherausgeber Jürgen Tern durch listigen Umgang mit der Satzung herausgedrängt wurde, sind viele skeptisch geworden. Dennoch, eine Einrichtung ist nicht deshalb schlecht, weil ein Statut unzulänglich formuliert war und einer entschlossenen Gruppe Raum zu einem Handstreich gab. Alfred Gerschel, Justitiar des Deutschen Journalistenverbandes, schreibt zum Thema Stiftung: «Die Satzung einer Stiftung kann bei einem Pressebetrieb die ideelle Zielsetzung des Presseorgans sowie die Art und Weise, wie es zu führen ist, unter Einschluss eines Redaktionsstatuts und mit einer gewissen Flexibilität für veränderte Marktverhältnisse, unwandelbar und durch die Stiftungsaufsicht nachprüfbar ‹festlegen›.» Die Stiftungsform besitzt also nach wie vor Attraktivität für die notwendigen Überlegungen, die Presse zu demokratisieren und die Vielfalt der Meinungen zu erhalten.

Frankreich: Zwischen pressepolitischen Idealen und wirtschaftlichen Realitäten

JACQUES FAUVET

Neuanfang 1944/45

In der Geschichte der französischen Presse ereignete sich nach dem letzten Krieg eine entscheidende Umwälzung: Alle Zeitungen, die während der deutschen Besetzung erschienen waren, wurden verboten, ihre Namen ein für allemal untersagt, die leitenden Verantwortlichen gerichtlich verfolgt, ihr Kapital konfisziert und den von der Résistance gegründeten Zeitungen zugesprochen.

Von den zweiunddreissig Pariser Zeitungen, die 1939 erschienen waren, bestehen heute nur noch «Le Figaro», «La Croix» und das kommunistische Parteiorgan «L'Humanité». Aber die Leute der Résistance wollten die Presse nicht nur von der Besetzungsmacht und ihren Verbündeten, sondern gleichzeitig von ihrer finanziellen Abhängigkeit befreien. Es wurde eine Reihe juristischer und finanzieller Massnahmen ergriffen, um den neuen Zeitungen Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber den grossen wirtschaftlichen Interessengruppen zu sichern. Was Lacordaire sagte, bewahrheitete sich: In den Beziehungen zwischen arm und reich ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit.

Heute noch empfängt die französische Presse vom Staat eine erhebliche direkte oder indirekte Unterstützung. Sie bezahlt praktisch keine Steuern und entrichtet ermässigte Postgebühren; für Papier und Druckmaterial erhält sie Subventionen.

Ein Vierteljahrhundert hernach

Aber trotz dem festen Willen ihrer Gründer, trotz der Staatshilfe hat die französische Presse seit dem Krieg eine dreifache Entwicklung durchgemacht.

Die Pariser Presse hat zugunsten der Presse in der Provinz an Bedeutung verloren. Im Unterschied zu den Zwischenkriegsjahren hat die Presse der Provinz heute gesamthaft eine höhere Auflage als die Pariser Presse. Parallel zu dieser Entwicklung oder mit ihr verbunden hat die Partei- und Meinungspresse zugunsten der Informationspresse an Bedeutung verloren. Nur die kommunistische Partei besitzt heute eine Tageszeitung. Schliesslich ist die Presse der unaufhaltsamen Konzentration zum Opfer gefallen: Die Zahl der Zeitungen hat sich verringert, diejenige der Pressekonzerne sich aber vergrössert. Der wichtigste dieser Konzerne ist «Hachette», der zwei Tageszeitungen, zahlreiche Wochen- und Monatszeitschriften sowie mehrere Verlage kontrolliert. Ist nicht der Augenblick gekommen, sich an das hundert Jahre alte Wort des Revolutionärs Louis Blanc zu erinnern: «Der Zusammenschluss ist nicht nur für diejenigen gefährlich, die seiner Macht unterliegen, sondern auch verderblich für jene, die ihn vollziehen.»

Wirtschaftliche Realitäten

Die Leute, die nach dem Krieg zahlreiche, unabhängige und florierende Zeitungen erwarteten, sind heute enttäuscht. Hatte nicht jemand unter ihnen verkündet, was er selbst «das grosse Gesetz der Trennung von Idee und Geld» nannte? Aber alle sind zwei Irrtümern erlegen: erstens, zu ver-

gessen, dass eine Zeitung nicht nur eine Informationsquelle und ein Erziehungsmittel ist, sondern auch ein Handels- und Industrieunternehmen darstellt, das seine Einnahmen und Ausgaben aufeinander abstimmen muss, um fortbestehen zu können; zweitens, dass man die Presse nicht aus einem wirtschaftlichen System herausreissen kann, das noch immer auf dem Profit beruht, und dass in einer solchen Gesellschaft immer wieder der Ruf Lamennais' ertönt: «Silence aux pauvres!» Wenn morgen die Pariser Presse auf die öffentliche Hilfe verzichten und aus eigenen Mitteln existieren müsste, könnten sich nur zwei Morgen- und zwei Abendzeitungen halten. Bei den andern würde entweder die Rechnung nicht mehr aufgehen, oder sie wären auf private Hilfe angewiesen.

Eine Bestandesaufnahme

Während vor dem Krieg vier Pariser Zeitungen eine Auflage von über einer Million aufwiesen, erreicht heute nur knapp eine einzige diese Zahl: «France-Soir»: 1159951 (durchschnittliche Auflage im Februar 1969). In absteigender Reihe folgen: «Le Parisien Libéré», eine volkstümliche Zeitung (853062), «Le Figaro» (513688) und «Le Monde» (481010). Alle andern haben kleinere Auflagen, wie zum Beispiel «La Croix» (145258, obwohl mehr als 90% aller Franzosen katholisch getauft sind) und das kommunistische Parteiorgan (181948, obschon die Partei 400000 Mitglieder aufweist und jeweils 4000000 Wählerstimmen für sich verbuchen kann). Die Presse in der Provinz jedoch macht sich eine Art regionales Monopol zunutze und entwickelt sich weiter. Bei fünf «grossen Regionalzeitungen» übersteigt die Auflage 400000: «Ouest-France», im ganzen Westen des Landes verbreitet, «Le Progrès», in der Gegend von Lyon vorherrschend, und «Le Dauphiné Libéré» in Grenoble. Es folgen «La Voix du Nord» in Lille und «Le Sud-Ouest» in Bordeaux. Es sind alles gemässigte Zeitungen, in denen die Information auf Kosten der Meinungsäusserung mehr und mehr die Oberhand gewinnt.

Neben dieser Tagespresse existiert allerdings eine Wochenpresse, welche von der äussersten Linken bis zur äussersten Rechten die ganze Mannigfaltigkeit der politischen Ideen in Frankreich widerspiegelt. «Äusserste Linke» und «äusserste Rechte» müssten eigentlich in der Mehrzahl stehen, denn neben der Kommunistischen Partei gibt es zahlreiche Varianten der Linken, deren Vertreter zum Teil für, zum Teil gegen die herrschende Ordnung sind; auf der Gegenseite, bei den Anhängern der Monarchie oder des Faschismus, sind die einen für, die andern gegen ein Vereinigtes Europa. Neben zwei, drei Tageszeitungen – darunter «Le Monde» – widerspiegeln diese Wochen- und Monatszeitungen (die eine verhältnismässig geringe Auflage haben) die politischen, philosophischen und religiösen Ideen und Kontroversen.

Die schwierige Lage der französischen Presse hat vor einigen Jahren manche Redaktoren veranlasst, sich aktiv für die Unabhängigkeit und das Fortbestehen ihrer Zeitungen einzusetzen. Es hat sich eine Entwicklung abzuzeichnen begonnen, die auf ein Mitspracherecht und eine Beteiligung hin abzielt. Einen bis heute noch kaum nachgeahmten Schritt hat jetzt die Redaktionsgemeinschaft von «Le Monde» getan. Seit 1951 zu 28%, seit 1968 zu 40% Besitzer des Kapitals, verfügt sie über das Vetorecht bei allen wichtigen Entscheidungen, in denen es um die Zukunft ihrer Zeitung geht. Ohne das Mitspracherecht in der Verwaltung der Zeitung zu haben, kann sie sich der Ernennung eines Direktors, der Aufnahme eines neuen Teilhabers, der Zession oder der Kapitalerhöhung, der Auflösung der Gesellschaft oder einer Statutenänderung widersetzen – kurz, sie ist in der Lage, zu verhindern, dass die Zeitung ihre Direktion oder ihren Besitzer – damit ihre politische Linie – ohne ihre Zustimmung und ihr Wissen wechselt. Vor und nach dem Krieg war dies bei manchen Zeitungen der Fall. Die Redaktionsgemeinschaft garantiert so die Unabhängigkeit der Zeitung. Andere juristische Mittel sind vorhanden, um die Trennung – gleichzeitig jedoch die Zusammenarbeit – zwischen dem finanziellen und dem geistigen Kapital zu gewährleisten. In dieser Richtung muss sich die französische Presse entwickeln, wenn sie eines Tages das «Gesetz der Trennung von Idee und Geld» nicht, wie vor zwanzig Jahren, nur proklamieren, sondern auch wirklich anwenden will.

Italien: Eine Provinz im europäischen Pressewesen

HUGO BÜTLER

Im internationalen Vergleich gehört Italien, was seine Tagespresse betrifft, zu den unterentwickelten Gebieten Europas. Zu dieser harten Feststellung berechtigen ein paar knappe Zahlen: In England und Schweden beziehen 49 von 100 Einwohnern regelmässig eine Tageszeitung; 35 von 100 Schweizern sind Abonnenten oder ständige Käufer eines täglich erscheinenden Blattes. Noch vor ihnen reihen sich in dieser Statistik die Ostdeutschen, Norweger, Finnen und Dänen mit einer noch höheren Käuferquote (zwischen 46 und 36 pro 100 Einwohner) ein. Hinter den Schweizern folgen die West-

deutschen und Belgier (je etwa 30 pro 100), die Tschechoslowaken, Franzosen, Irländer und Holländer; auch von den Österreichern ist noch fast jeder vierte ständiger Erwerber eines Blattes. Fast am Ende dieser europäischen Liste, an 21. Stelle, rangiert Italien mit ungefähr zehn Zeitungskäufern pro hundert Einwohner. Es stellt sich damit hinter Bulgarien und Griechenland, aber noch vor Spanien, Portugal, Jugoslawien, Albanien und die Türkei. Zum Vergleich: vier von hundert Asiaten kaufen sich täglich ihre Zeitung, nur auf jeden 80. Afrikaner entfällt ein Exemplar einer Tageszeitung. Eine Klassifikation der UNESCO rechnet alle jene Länder, die die Zehnprozentquote noch nicht überschritten haben, zu den unterentwickelten Gebieten[1].

Lesergeographie

Obgleich bei den meisten italienischen Tageszeitungen die Auflage aus Steuer- oder Prestigegründen ein streng gehütetes Geheimnis ist, steht nach verschiedenen Berechnungen fest, dass die Zahl der täglich verkauften Zeitungsexemplare fünf Millionen kaum übersteigt. (Etwa 15 Prozent der Auflage gehen durchschnittlich unverkauft als sogenannte «resa» an die Herausgeber zurück!) Das entspricht knapp zehn Prozent der Gesamtbevölkerung – ein Verhältnis, das schon 1938 erreicht und schon vor dem Ersten Weltkrieg nicht wesentlich ungünstiger gewesen war.

Wo liegen die Ursachen einer solchen Stagnation in Permanenz, dieses eigentlichen Misserfolgs der Tageszeitung in dem Land, dessen kontinentaleuropäische Rolle sonst oft mit dem globalen Wirtschaftserfolg Japans verglichen werden kann? (Die Japaner sind übrigens intensive Zeitungsleser: 42 von 100 kaufen sich ein tägliches Informationsorgan.) Zum Verständnis ist zunächst eine knappe Lesergeographie unerlässlich. In der Nordwestecke Italiens (Piemont, Aostatal, Lombardei und Ligurien mit total rund 14 Millionen Einwohnern) trifft es auf hundert Personen gut zwanzig Exemplare täglich; Nordost- und Mittelitalien (einschliesslich Rom/Latium, ohne Abruzzen, rund 19½ Millionen Einwohner) erreichen mit 11,5 Exemplaren pro 100 Bewohner etwas mehr als den Landesdurchschnittswert; Süditalien und die Inseln (zusammen 19 Millionen Einwohner) «konsumieren» im Schnitt nur etwa vier Zeitungsexemplare je 100 Einwohner. Im Industriedreieck von Mailand, Genua und Turin ist also fast ein europäischer Durchschnittswert (er liegt bei 24 pro 100) erreicht; im Süden dagegen noch immer eine Quote von asiatischer Geringfügigkeit.

Wirtschaftliche und kulturelle Barrieren

Es liegt hier ein ziemlich getreuer Spiegel des allgemeinen wirtschaftlichen und sozial-kulturellen Gefälles vom Norden nach dem Süden der Halb-

insel vor. Ich erwähne ausdrücklich das Ökonomische und das Bildungsmässige, denn von 100 befragten *Nicht*lesern (von Tageszeitungen) geben im Schnitt etwa 18 ihren Analphabetismus oder Semianalphabetismus als Grund für den Verzicht auf tägliche Lektüre an, während ebensoviele ihr wirtschaftliches Unvermögen geltend machen[2]. Das zweite Motiv ist nicht weniger glaubwürdig als das erste, denn gemessen am Durchschnittsverdienst nimmt sich der Preis der Tageszeitungen vor allem im Süden sehr hoch aus. Er wird vom Staat einheitlich festgesetzt und beträgt gegenwärtig 70 Lire (etwa 50 Rappen) pro Exemplar, handle es sich nun um eine 32seitige Ausgabe des «Corriere della Sera» oder um eine 8seitige der «Umanità», des neugeschaffenen Parteiorgans der Sozialdemokraten (PSU). Auch die Jahresabonnemente sind uniform auf 18000 Lire (etwa 125 Franken) festgelegt, was für das Budget mancher Familien eine bedeutende oder untragbare Belastung darstellt. Das Zeitungsabonnement, das meist ein Vertrauens- und Treueverhältnis des Lesers zu seiner Zeitung voraussetzt, hat sich in Italien denn auch nicht eingebürgert. Keine fünf Prozent der gesamten Auflage an Tageszeitungen entfallen auf diese einfache, für Verkäufer und Käufer sicherste Distributionsform.

Land ohne Massenblätter

Ein Pendant zum Londoner «Daily Mirror» oder zur deutschen «Bild-Zeitung» kennt Italien bisher nicht, weder was deren journalistischen Stil, die Auflage noch die nationale Verbreitung betrifft. Schuld daran mag einerseits die geographische Form der Halbinsel sein, die für ein populäres Massenblatt von wirklich nationaler Verbreitung die gleichzeitige Herstellung an mindestens zwei Druckorten unerlässlich machen würde. Die in Schweden, England und Japan bereits erfolgreich angewandte «Tele-Faksimile»-Übermittlung hat in Italien ihren Realisator noch nicht gefunden, wie hier überhaupt der technische Fortschritt in der Zeitungsherstellung nur mit Zögern und Verzögerung genutzt wird.

Auf der ganzen Halbinsel erscheinen gegenwärtig fast 80 verschiedene Tageszeitungen, wovon über 30 allein in den drei Städten Rom (17), Mailand (10) und Turin (4). Seit 1946 – damals erschienen 136 Tageszeitungen – hat die Vielfalt der italienischen Presse bedeutend abgenommen, und dieser Trend setzt sich jetzt um so stärker fort, als gegenwärtig der Grossteil der Branchenunternehmen mit wirtschaftlichen Verlusten arbeiten. Nur 35 Städte verfügen noch über eine Tageszeitung, während 57 Provinzhauptstädte ohne ein eigenes Informationsorgan auskommen müssen, darunter Padua mit über 200000 Einwohnern und Städte wie Ravenna, Perugia, Foggia, Salerno, Reggio Calabria, Ferrara, La Spezia und Alessandria mit

je über 100000 Bewohnern. In der Halbmillionenstadt Florenz hat die «Nazione» (Auflage etwa 220000) beide Konkurrenzblätter, den parakommunistischen «Nuovo Corriere» und den christlichdemokratischen «Giornale del Mattino» erdrückt. Das Phänomen der Konzentration lässt sich also auch bei der italienischen Tagespresse beobachten. Presseimperien à la Springer oder Zeitungskönige wie Lord Thomson of Fleet kennt Italien aber nicht.

Führende Blätter

Die auflagenstärkste und qualitativ beste Zeitung ist nach wie vor der «Corriere della Sera», der sich seit alters im Besitz der Industriellenfamilie Crespi befindet. Von den 550000 Exemplaren finden täglich gegen die Hälfte ausserhalb der lombardischen Metropole Absatz, Süditalien und die Inseln nicht ausgenommen, weshalb dem «Corriere della Sera» das Attribut nationaler Verbreitung am ehesten zugesprochen werden darf. Die beiden andern Blätter mit vergleichbarem quantitativen und teils auch qualitativen Ehrgeiz sind die Turiner «La Stampa» (Auflage um 480000, im Besitz der FIAT) und der erst 1956 gegründete «Il Giorno» (um 280000, erscheint in Mailand). «Il Giorno» ist zugleich der einzige ernsthafte Versuch, den sonst dominierenden, traditionellen, eher akademischen Zeitungsstil durch eine moderne, am «Paris-Express» und am Londoner «Daily Express» inspirierte graphische Gestaltung und durch popularisierenden Sprachstil unter Verwendung von Farbdruck- und Offsetbeilagen zu konkurrenzieren. Der Durchbruch ist aber nur halbwegs gelungen, und nach dem Unfalltod seines Protektors Ing. Enrico Mattei[3] haben sich die formalen wie thematischen Impulse, die von diesem Blatt in seinen ersten Jahren unbestrittenermassen ausgingen, unter dem bremsenden Einfluss der schon von jeher finanziell beteiligten Staatsindustrie (ENI) abgeschwächt.

Dass die Auflagen der meisten Zeitungen verhältnismässig bescheiden sind, ist aus dem bisher Gesagten bereits deutlich geworden. Die Zweihunderttausendergrenze überschreiten ausser den bereits erwähnten nur noch die beiden auch qualitativ etwas gehobeneren Römer Blätter «Il Messaggero» und «Il Tempo», sodann der lesenswerte «Il Resto del Carlino» von Bologna, schliesslich die in Mailand und Rom erscheinende kommunistische Parteizeitung «L'Unità». Über 100000 Exemplare drucken je ein Blatt in Venedig («Gazzettino»), in Neapel («Mattino») und Genua («Secolo XIX») sowie die beiden Mailänder Blätter «Corriere d'Informazione» und «La Notte». In diese Grössenkategorie reihen sich – ein charakteristisches italienisches Unikum – aber auch vier täglich (!) erscheinende Sportzeitungen ein.

Die Zahl der Organe in Parteibesitz ist auf 11 zusammengeschrumpft, beträgt sogar nurmehr neun, falls man die doppelten Ausgaben von «Unità» und «Avanti!» (Organ der Linkssozialisten, PSI) nur einfach zählt. Die Gesamtauflage der Parteipresse übertrifft mit rund 650000 Exemplaren jene der vier Sport-Tageszeitungen nur wenig. Zahlenmässig die Hälfte stellt mit ihrer doppelten Ausgabe von Rom und Mailand die «Unità». Der Luxus spezieller Genueser und Turiner Ausgaben ist auch für sie schon vor einigen Jahren untragbar geworden. Der «Avanti» erreicht gesamthaft keine 80000 Exemplare mehr. Das einzige offizielle Organ der Democrazia Cristiana, «Il Popolo», stagniert bei 40000. Dessen frühere Regionalausgaben von Turin, Mailand, Sizilien und Sardinien mussten alle aufgegeben werden.

Der titel- und auflagenmässig weit überwiegende Teil der Zeitungen reiht sich gegenüber diesen entschiedenen Meinungsblättern unter die Kategorie der «Informationsorgane» ein, welche sich oft mit Vorliebe noch als «unabhängig» etikettieren. Folgen wir der Untersuchung des Publizisten Angelo Del Boca, welcher als erster eine kritische Bestandesaufnahme der italienischen Tagespresse mit internationalen Vergleichen geliefert hat[4], so verteilen sich diese «unabhängigen Informationsorgane» neben der erklärten Parteipresse nach Besitz und Auflage unter die folgenden wirtschaftlichen, religiösen und politischen Gruppen:

Anzahl Tageszeitungen und Besitzergruppe	*Auflage*	*% an Gesamtauflage aller Tageszeitungen*	
11 Parteizeitungen	655 000	11,3	
2 parakommunistische	190 000	3,3	
10 katholisch	480 000	8,3	
18 industrielle Unternehmen	2 560 000	44,0	48,2
11 italienischer Industrieverband	240 000	4,2	
4 Staatsunternehmen	520 000	9,0	
19 verschiedene Eigentümer	640 000	11,0	
4 Sportzeitungen	520 000	8,9	
Total	rund 5 800 000	100,0	

Gruppiert man die Auflagezahl unabhängig von diesen an sich aufschlussreichen Besitzesverhältnissen nach der redaktionell eingehaltenen politischen Tendenz, so hat der Zentrumlinks-Kurs bzw. die gegenwärtige Regierungslinie den stärksten Sukkurs, allerdings dicht gefolgt von den Sympathisanten einer Zentrumspolitik und jenen einer Zentrumrechts-Politik.

Auffallend ist die Diskrepanz zwischen der Stärke der kommunistisch orientierten Tagespresse, die einen Zehntel der Landesgesamtauflage nicht übersteigt, und den Wahlerfolgen der kommunistischen Partei, die regelmässig mehr als einen Viertel aller Stimmen zu sammeln vermag. Anderseits besteht auch für die Christlichdemokraten keine ersichtliche Korrelation zwischen Parteipresse und Anteil an Wählerstimmen. Jedenfalls vermögen diese Fakten die beliebte Behauptung eines omnipotenten Manipulationsvermögens der Presse Lügen zu strafen, wenigstens was das Politische betrifft. Dass umgekehrt vielmehr Zeitungen oder einzelne Redaktoren Opfer politischer oder religiöser Pressionsversuche werden können, bezeugen neuere italienische Beispiele auf eklatante Weise, so etwa die Unterdrückung des im Sinne von «Le Monde» fortschrittlich-katholischen «L'avvenire d'Italia» von Bologna oder die seitens einiger DC-Magnaten erfolgte Pression gegen den Direktor des «Gazzettino di Venezia»[5].

Umriss des italienischen Zeitungslesers

«Il popolo legge la tv»: mit diesem Paradoxon drückt ein Redaktor des «Corriere della Sera» seine Skepsis gegenüber den Chancen eines populären Massenblattes in der Art des «Daily Mirror» in Italien aus. Neun von zehn Italienern halten sich keine Tageszeitung; das Fernsehen ersetzt ihnen heute neben dem viel älteren Radio die tägliche Zeitungslektüre, an der sie zuvor (und noch immer) zu einem bemerkenswerten Prozentsatz durch Analphabetismus verschiedenen Grades verhindert waren. Geistige Faulheit, ein verbreitetes Desinteresse am Allgemeinen – das Individuelle, die eigene Familie, die persönlichen Beziehungen werden dagegen mit Wachsamkeit gepflegt – spielt nach Ansicht auch mancher italienischer Beobachter zweifellos mit. Für die verbreitete Bevorzugung der anstrengungs- und anspruchslosen Bildinformation gibt auch die ausserordentlich starke Verbreitung der farbigen Wochenillustrierten ein Indiz. Beim Illustriertenkonsum halten nämlich die Italiener vor den Schweizern und Dänen mit 326 Exemplaren pro Woche und 1000 Einwohner bei weitem die europäische Spitze[6]. Der erstaunlich niedrige Verkaufspreis begünstigt den Erfolg dieser Periodika, unter denen nur wenige qualitätsmässig auch international hervorragen. Die offenbare Schwäche für den «Bildchenkonsum» manifestiert sich auch in der verblüffenden Inflation von sogenannten «fumetti», Comic-Strips im Micky-Mouse-Stil mit der unaufhörlichen Variation weniger, ins Simple reduzierter menschlicher Verhaltensweisen.

Um die grosse Masse dieser Nichtleser haben sich die italienischen Tageszeitungen weder werbemässig noch durch wissenschaftliche Untersuchung ihrer Abstinenzgründe je ernsthaft bemüht[7]. Was nun auf der anderen Seite die relativ kleine Zahl der Käufer und Leser der Tagespresse betrifft, so

handelt es sich bei über 70 Prozent von ihnen um qualifizierte Leute aus der wirtschaftlich-sozialen Mittel- und Oberklasse, die an sich nur etwa 35 Prozent der Gesamtbevölkerung stellt. Nur fünf Prozent der Leser gehörten 1966 den unteren sozialen Schichten und nur 24 Prozent der unteren Mittelklasse an[8]. Es überrascht unter diesen Umständen nicht, wenn Politik, Wirtschaft und Lokalchronik zu den eindeutig bevorzugten Leserinteressen zählen. Daran ändert das Faktum nichts, dass die Montagausgaben aller Zeitungen in einem horrenden Mass den Sportnachrichten frönen, die an diesem Tag jeweilen bis zu 70 Prozent des redaktionellen Teils beanspruchen.

Im Verhältnis des Lesers zu seiner Zeitung herrschen Misstrauensgefühle vor. Das hat seine Gründe teilweise bei den Organen selbst, die ihre Meinungsäusserungen häufig mehr an die Minister und Parlamentarier als an die übrigen Leser richten. Die Ambition, eine Schattenregierung zu sein, ist eine in verschiedenen Redaktionen von altersher verwurzelte Unsitte. Tatsächlich ist bei manchen Blättern der Vorwurf nicht leicht von der Hand zu weisen, sie hätten die reine Funktion eines politischen Pressionsinstrumentes ihrer Besitzer. Dieser Missstand vermag zugleich zu erklären, weshalb manche Zeitungen gar nicht um die Erhöhung ihrer Auflage bemüht sind, beispielsweise durch bessere Berücksichtigung der Leserinteressen, sondern sie kommen weiterhin heraus, obwohl sie seit Jahren wirtschaftliche Verlustgeschäfte darstellen. Mario Missiroli jedenfalls, der Präsident des italienischen Journalistenverbandes (Federazione Nazionale della Stampa Italiana), hat nicht gezögert, einzelne Organe als «politischen Service» von Industrien zu bezeichnen, den sich diese gerne etwas kosten liessen[9].

Aspekte der italienischen Zeitungskrise

Manche Schwächen des italienischen Zeitungswesens sind damit bereits aufgezeigt; aber zu einer eigentlichen Krise, vor allem finanzieller Natur, haben sie sich doch erst in den letzten Jahren verdichtet. Dabei spielt nach verbreiteter Ansicht die verpasste betriebstechnische und gestalterische Erneuerung eine wichtige Rolle. Die Schuld daran wird meist dem Fehlen «reiner Herausgeber» zugeschrieben, das heisst solcher Verleger, die vorab am wirtschaftlichen Erfolg ihrer Zeitung und weniger am eigennützigen politischen Einfluss interessiert sind. Die gegenwärtig rapide Erhöhung der Produktions- und Verteilungskosten lässt sich um so weniger auffangen, als die mögliche Steigerung der Auflagezahlen durch den sozial-kulturellen Rückstand grosser zeitungsabstinenter Volksteile eng begrenzt ist. Die Hoffnung, neue Leserschichten zu gewinnen, wird durch die Konkurrenz von Fernsehen, Radio und Illustrierten zusätzlich verringert, dies um so mehr, als diese Konkurrenzmedien den Hauptteil des in Italien ohnehin noch verhältnismässig bescheidenen Reklamegeschäfts für sich abschöpfen[10]. Nur

der «Corriere della Sera» erreicht ein annähernd ausgeglichenes Verhältnis von Inserat- und Textseiten, wie es für schweizerische Zeitungen auf selbsttragender Basis als existenznotwendig gilt.

Anderseits entgehen auch italienischen Beobachtern spezifisch redaktionelle Schwächen mancher Tageszeitungen nicht. So haben mehrere der noch bestehenden Provinzblätter den nutzlosen Ehrgeiz, täglich einen möglichst guten Abklatsch des «Corriere della Sera» herauszugeben, den sie aber doch bei weitem nicht erreichen. Sie führen aus Bequemlichkeit einen grossen, wenn auch nur aus Agenturmaterial zusammengestellten Auslandteil, statt mit einem an lokalen Nachrichten reichen Eigenprodukt den naheliegenden Interessen ihrer Leser zu dienen. Den Weg zur redaktionellen und finanziellen Entlastung, die durch die Schaffung gemeinsamer Auslandteile leicht denkbar wäre, hat hier noch niemand gefunden, weil Mut und Vertrauen zur Zusammenarbeit – nicht nur in dieser Branche – fehlen.

Ziemlich hartnäckig hält sich sodann fast überall eine redaktionelle Mischformel, die Information und Kommentar regelmässig vermengt statt trennt, oder vom Bericht der Fakten zuweilen skrupellos unterschlägt, was dem beabsichtigten polemischen Kommentar abträglich sein könnte. Viele italienische Zeitungen haben deshalb, einzeln genommen, wenig dokumentarischen Wert. Dabei wird dem italienischen Hang zu sachfremder Geschwätzigkeit ohnehin täglich fast in jeder Zeitung auf der sogenannten «dritten Seite» ausführlich Tribut gezollt. Diese «terza pagina», Gemisch von Feuilleton und leerer Distraktion, ist ein resistentes Fossil des italienischen Journalismus, das erst allmählich den regelmässigen Spezialseiten über die verschiedenen Sach- und Wissenschaftsgebiete zu weichen beginnt, die der Popularisierung der Wissenschaft auf der Grundlage grösstmöglicher intellektueller Redlichkeit viel besser dienen.

Die spezifischen Schwierigkeiten der Parteizeitungen liegen darin, dass sie von ihrem aus finanziellen Gründen (kleines Inseratengeschäft, kleine Auflagen) auf 8 bis 16 Seiten beschränkten Platz einen guten Teil den Meinungsäusserungen ihrer politischen Gesinnungsfreunde reservieren müssen. Das lässt den übrigen «neutralen» Teil zuweilen ins Notdürftige abmagern, während etwa die 200 Journalisten und Redaktoren des «Corriere della Sera» regelmässig über das doppelte Platzvolumen verfügen und den Lesern eine bedeutend vollständigere und besser abgewogene Information anbieten können. Die stiefmütterliche Behandlung der Wirtschaftsfragen ist ein weiteres Manko vieler italienischer Tageszeitungen – dies obwohl das Land über vier täglich erscheinende Finanz- und Wirtschaftszeitungen verfügt, von welchen die 105jährige «Il Sole – 24 Ore» eine ansehnliche Reputation geniesst. Neue Impulse könnten in mancher Hinsicht von den beiden bedeutenden politisch-kulturellen Wochenzeitungen «Il Mondo» und «L'Espresso» ausgehen, die nicht nur technisch und graphisch hochmodern er-

scheinen, sondern ebenso geistig auf der Höhe der Zeit stehen, politische und soziale Probleme mit Sachkenntnis aufgreifen und mit bemerkenswerter Selbständigkeit beurteilen. «L'Espresso» macht sich neulich besonders auch im Wirtschaftlichen stark, indem er seit April 1970 eine 12seitige Spezialbeilage für Wirtschaftsfragen mitliefert.

Sorgen der Berufsjournalisten

Die relative funktionelle Beschränktheit und die wirtschaftliche Krise der Tagespresse in Italien wirkt sich auch auf den Berufsstand des Journalisten aus. Von den professionellen aus dem Bereich der Tagespresse waren in den letzten Jahren ständig mehr als zehn Prozent arbeitslos bzw. ohne Anstellung. Ihre Gesamtzahl stagniert, und für junge Bewerber ist der Zugang zu den Redaktionen entsprechend schwierig, mit Talent und Begabung oft weniger als mit guten Beziehungen zu erreichen. Für die berufliche Ausbildung stehen zwölf nur teilweise Universitäten angeschlossene Journalistenschulen zur Verfügung, die aber weder gesetzliche noch faktische Anerkennung geniessen. Erst vor gut zwei Jahren wurde ein 18monatiges Praktikum bei einer Zeitung mit Abschlussprüfung zum Obligatorium erhoben, ohne das die Zulassung zum Beruf nicht mehr möglich sein soll.

Bei den gegenwärtigen Bemühungen um eine gesetzliche Verankerung und Ordnung des Journalistenberufes, bei denen es im Grunde um dessen Anerkennung als «öffentlicher Dienst» geht, hat sich zudem die Tendenz abgezeichnet, der Berufsgruppe korporativistisches Gepräge zu verleihen, das dem italienischen Zunftgenossen ein Ausschliesslichkeitsrecht auf Information und Meinungsäusserung zuschanzen möchte. Gegen solchen Kastengeist müssten sich nötigenfalls nicht nur die in ihren Rechten beschnittenen ausländischen Journalisten in Italien wehren, sondern grundsätzlich noch vielmehr jeder freie Bürger eines demokratischen Landes. Ob die im Nachgang des «Heissen Herbstes» gebildete «Bewegung demokratischer Journalisten» hier die richtige Remedur zu schaffen vermöchte, scheint zweifelhaft, denn ihr «Manifest für die Freiheit der Presse und für den Kampf gegen die Repression»[11] ähnelt zu sehr einem Ableger der gewerkschaftlich-kommunistischen Kampagne verwandten Titels.

[1] UNESCO, L'information à travers le monde – Presse, radio, télévision, film, Amsterdam 1966. – [2] Bollettino DOXA, 1964, S.173 (aus: «Lettura di giornali e dibattiti come indici di maturità politica»). – [3] Nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Direktor der Florentiner Zeitung «La Nazione». – [4] Angelo Del Boca, Giornali in crisi – Indagine sulla stampa quotidiana in Italia e nel mondo, Torino 1968. – [5] L'Espresso, 5.4.1970, S.6 – [6] Del Boca, S.161. – [7] Del Boca, S.80. – [8] Del Boca, S.81. – [9] Del Boca, S.143. – [10] Internationale Vergleichszahlen in «Il Mondo» 22.3.1970, S.14. – [11] Vgl. «L'Unità» vom 20.4.1970, S.3.

Grossbritannien: «Allgemeiner Gesundheitszustand befriedigend»

PAUL TYLER

Umstrittene Lagebeurteilung

Bekanntlich werden die «Zeitungsmacher» auf der ganzen Welt nicht müde, sich in Selbstbeobachtungen zu ergehen, sich gleichsam den eigenen Puls zu fühlen und sich über ihren Gesundheitszustand Sorgen zu machen. Immer wieder prophezeiten Presseleute eine unmittelbar bevorstehende Katastrophe, die dann aber doch nie eintrat. Man darf es deshalb dem Zeitungsleser nicht verargen, wenn er der Meinung ist, die notorischen Presse-Hypochonder machten auch heute wieder in übertriebener Schwarzseherei.

In Grossbritannien erfreut sich der «Patient» gesamthaft gesehen doch noch recht guter Gesundheit. Im letzten Jahrzehnt verlor die britische Presse nur *eine* Zeitung von nationalem Rang, den «News Chronicle», und dabei besteht erst noch Grund zur Annahme, dass nicht einmal dieses Blatt hätte eingehen müssen. Der «Guardian», früher eine Regionalzeitung mit Schwerpunkt in Manchester, hat sich jedenfalls gut entwickelt und einen Platz unter den grossen Tagesblättern des Landes errungen. Vergleicht man die englischen Zeitungen auf allen Stufen mit den entsprechenden kontinentaleuropäischen und amerikanischen Presseerzeugnissen, so schneiden sie recht gut ab. Sie machen einen sehr lebendigen Eindruck und haben weder das etwas langweilige und trockene Aussehen der übrigen europäischen noch die überladene Pomphaftigkeit mancher amerikanischer Blätter. Auch kann der englische Leser seine Zeitungen zu einem verhältnismässig bescheidenen Preis erstehen: Die teuersten Tageszeitungen, die «Times» und der «Guardian», kosten neun bzw. acht Pence; der «Daily Telegraph», «Daily Mail» und «Daily Express» kosten sogar nur sechs Pence. Wegen den steigenden Druck- und Papierkosten sahen sich in den letzten Monaten die «Sun» und der «Daily Mirror» gezwungen, den Verkaufspreis ebenfalls auf sechs Pence zu erhöhen. Der «Daily Sketch» hingegen versucht, den Wettbewerb mit seinen unternehmungslustigeren Konkurrenten zu bestehen, indem er immer noch an einem Verkaufspreis von fünf Pence (rund zwanzig Rappen) festhält. Angesichts der Mannigfaltigkeit und Lebensfähigkeit der britischen Zeitungen erstaunt es nicht, dass sich der Leser fragt, wieso man

soviel Aufhebens um das Zeitungswesen macht. Warum jammern die englischen Pressegewaltigen unaufhörlich über die sogenannte «Zeitungskrise»?

Wacklige Stühle

Ein Grund für ihr Unbehagen könnte darin liegen, dass die persönliche Stellung eben dieser Leute recht unsicher ist. Im Jahr 1969 war das Publikum Zeuge eines langen und erbitterten Ringens zwischen dem Verleger und Labour-Abgeordneten Robert Maxwell und dem australischen «Zeitungskönig» Rupert Murdoch um die kläglich dahinvegetierende «Sun». Nachdem die beiden Rivalen einander mit derben Schlägen zugesetzt hatten, ging schliesslich Murdoch als Sieger aus dem Zweikampf hervor.

Unmittelbar vor der Auseinandersetzung zwischen Maxwell und Murdoch hatte die mächtige International Printing Company versucht, die «Sun» zu stützen. Trotz der enormen Geldmittel und aller Fachkenntnisse, welche sie zur Verwirklichung ihres Sanierungsprojektes einsetzen konnte, scheiterten ihre Bemühungen kläglich, und Cecil Harmsworth King wurde kurzerhand aus seiner einflussreichen Stellung an der Spitze dieses Unternehmens entlassen. Man fragt sich deshalb, welche kommerziellen oder personellen Beweggründe Maxwell und Murdoch veranlasst haben könnten, ihren erbitterten und von persönlichen Verunglimpfungen nicht freien Kampf um den Besitz der «Sun» aufzunehmen. Die Tatkraft und Rücksichtslosigkeit, welche sie dabei entfalteten, lässt doch gewiss darauf schliessen, dass der in Aussicht stehende Siegespreis viel verlockender war, als es die unverbesserlichen Schwarzseher jeweils wahr haben wollen. Ein weiteres Vorkommnis aus jüngster Zeit zeigte, wie gefährdet die Stellung von Persönlichkeiten an der Spitze der einzelnen Zeitungsunternehmen in der Tat ist. Kürzlich bekam nämlich der leitende Redaktor der «News of the World», einer Sonntagszeitung, die sich auf pikante Hofaffären spezialisiert hat und mit einer Auflage von nicht weniger als sechs Millionen Exemplaren brilliert, den Laufpass. Auch bei dieser Entlassung hatte Murdoch seine Hand im Spiel. Heute gilt es als ausgemachte Tatsache, dass der Stuhl eines jeden Redaktors eine recht wacklige Sitzgelegenheit ist. Selbst Leuten in den Spitzenpositionen der Presseimperien, die an den Hebeln der Macht stehen und sich völlig sicher fühlen, kann es passieren, dass sie von heute auf morgen vor die Türe gestellt werden. Dies gilt besonders auch für den einst einflussreichen und seit einiger Zeit vom Pech verfolgten Pressemann Cecil H. King.

Einschneidende Veränderungen im Informationswesen insgesamt

Zweifellos befand sich die britische Presse in den letzten Jahren in einer schwierigen Phase ihrer Entwicklung. Sie musste sich nach den neuen Ge-

gebenheiten ausrichten, wollte sie den anspruchsvollen Wettbewerb gegen das Fernsehen bestehen. Damit ein grosser und leistungsfähiger Redaktionsstab unterhalten werden konnte, musste das Inseratengeschäft genügende Einnahmen abwerfen. Wollte man freilich diese Umstellungsphase als «Krise» bezeichnen, so hätte diese praktisch ununterbrochen seit 1945 bestanden. Nun hat aber das Presseschiffchen die heftigen Stürme von 1966/67 glücklich überstanden, und man darf mit gutem Grund behaupten, dass es sich heute in relativ ruhigen Gewässern bewegt.

Auch wenn die Umstellungen im Informationswesen im Verlauf des letzten Jahrzehnts nur schrittweise erfolgten, so waren sie gesamthaft gesehen doch sehr einschneidend. 1970 bedienen sich 85 Prozent der Bevölkerung Grossbritanniens des Fernsehens als der wichtigsten Quelle für politische Informationen. Vorbei sind die schönen Tage, da der Zeitungsleser sich für die Richtigkeit einer Nachricht verbürgen konnte, indem er einfach erklärte, er habe sie «in der Zeitung» gelesen. Vorbei sind auch die Tage, da die Zeitungsmagnaten – Lord Northcliffe, Lord Rothermere und Lord Beaverbrook – gestützt auf ihre Presseimperien wirkliche Macht ausüben konnten. Die einzige mit den früheren Pressegewaltigen vergleichbare Persönlichkeit an der Fleet Street, Lord Thomson, ein freundlicher Kanadier ohne besonderen politischen Ehrgeiz, verweist heute mit Stolz auf die Unabhängigkeit, welcher sich die Redaktoren seiner überaus zahlreichen und in allen Teilen der Welt erscheinenden Tages-, Wochen- und Abendzeitungen erfreuen. Die Veränderungen, denen die beiden Paradepferde aus seinem Stall, die «Times» und die «Sunday Times», unter seiner Aufsicht unterworfen wurden, betrafen nicht den politischen Gehalt, sondern die äussere Aufmachung.

Beide Zeitungen möchte ich als gute Beispiele für die heute vorherrschenden Tendenzen bezeichnen. Beide haben sich auf «gründliche Information» spezialisiert. In längeren Artikeln gehen sie auf Hintergrund und Bedeutung der Ereignisse ein und verzichten darauf, mit den übrigen Nachrichtenmedien auf dem Gebiet all der zahlreichen und oft unwesentlichen Tagesaktualitäten zu wetteifern. Beide beanspruchen seit der Umstellung den Leser auch rein zeitlich mehr als früher. Die sachkundig kommentierenden Artikel und detaillierten Analysen – besonders die Beiträge der «Insight»-Mitarbeiter der «Sunday Times» – liessen die genannten Zeitungen rein umfangmässig beträchtlich anschwellen. Zudem begannen auch Ableger der Stammblätter zu erscheinen, etwa in Form von Wochendbeilagen, Geschäftsteilen oder Farbbeilagen. Mag nun die Zeitungslektüre zu einer recht anstrengenden Beschäftigung geworden sein, so steht doch dem Leser eine reiche Fülle von Lesestoff in sehr ansprechender und lebendiger Aufmachung zur Verfügung. Dank der Entwicklung billigerer Farbdruckverfahren präsentiert sich heute das britische Zeitungsangebot in seiner Gesamtheit einladender als je zuvor. Das neue Image der hier genannten Zeitungen und ihr darauf zurück-

zuführender Erfolg bilden keineswegs Sonderfälle, sondern sie illustrieren deutlich die Veränderungen im Pressewesen überhaupt.

Offensichtlich verfolgen die Zeitungen heute wesentlich andere Ziele als früher. Die Priorität gebührt nicht mehr den allerneuesten, durch Bildmaterial ergänzten Nachrichten. Vielmehr bemühen sie sich, die Informationen in leicht verarbeiteter Form darzubieten, die Aufmerksamkeit des Lesers auf diese Weise zu gewinnen, ihn aufzuklären, zu unterhalten und zu amüsieren. Manche Zeitungen haben sich den gewandelten Bedürfnissen angepasst und gerade dadurch ihre Auflage und ihren Einfluss zu steigern vermocht. Das Fernsehen, weit davon entfernt, im Alleingang das Informationsbedürfnis des Publikums befriedigen zu können, hat in mancher Beziehung das allgemeine Interesse gefördert. Man möchte heute über die Ereignisse in der weiten Welt Bescheid wissen und auch etwas über deren Hintergründe und Ursachen erfahren. Sowohl die «Times» als auch der «Guardian» sind erfolgreich in neue Leserschichten vorgestossen. Während sie sich früher fast ausschliesslich nach den Bedürfnissen ihrer angestammten Leserschaft – der relativ kleinen Gruppe gesellschaftlich privilegierter Leute und der Bildungselite – ausrichteten, vermögen sie jetzt viel breitere Kreise anzusprechen. Insbesondere der «Guardian» gilt als die einzige «seriöse» Zeitung, welche sich in Sachen Genauigkeit, Lesbarkeit und Qualität der Kommentare erfolgreich mit der «Times» messen kann. Dank seiner neuen Aufmachung und Zielsetzung war denn der «Guardian» auch in der Lage, die Zahl seiner Leser in den letzten zehn Jahren fast zu verdoppeln.

Politische Gewichtsverlagerungen

Wenn nun auch die Presse, was ihre Verbreitung und ihre finanzielle Lage anbelangt, im Verlauf des letzten Jahrzehnts kaum Terrain eingebüsst hat, so ist doch in ihrer politischen Gewichtsverteilung eine Veränderung eingetreten, die eher Grund zur Beunruhigung gibt. Aus einer kleinen Untersuchung über die politische Richtung der einzelnen Zeitungen, die 1960 unter meiner Leitung in Oxford durchgeführt wurde, ging hervor, dass die verschiedenen Meinungen und Ansichten im grossen und ganzen angemessen zum Ausdruck kamen, und dass die Presse in ihrer Gesamtheit die mannigfaltigen politischen Strömungen des Landes recht gleichmässig widerspiegelte. Der «Daily Mirror» und der «Daily Herald» unterstützten regelmässig, wenn auch manchmal mit gewissen Vorbehalten, die Anliegen der Labour Party. Der «News Chronicle» und der «Guardian» standen ebenfalls links im politischen Spektrum, neigten aber der Liberalen Partei zu. Die «Times» beobachtete eine fast mönchische Neutralität und tendierte, wenn überhaupt, eher etwas nach der anderen Seite hinüber, um auch der

Labour Party, die damals zur konservativen Regierungspartei in Opposition stand, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Dieses Gleichgewicht besteht 1970 nicht mehr. Zwar ist der «Guardian» mindestens der Theorie nach immer noch ein mit der Liberalen Partei sympathisierendes Blatt, aber die «Times» wird heute vom prominenten Konservativen William Rees-Mogg redigiert, und der «News Chronicle» ist eingegangen. Der «Daily Mirror» scheint viel von seinem früheren kämpferischen Eifer verloren zu haben, und die «Sun», die Nachfolgerin des «Daily Herald» seligen Angedenkens, hat sich unter Rupert Murdochs Oberaufsicht von ihrer früheren Bindung an die Labour Party gelöst und steuert einen eigenen Kurs. Immerhin gelangte keines dieser Blätter in die Hände der wortgewaltigen Rechten, deren wichtigste Sprachrohre noch immer der «Daily Telegraph» und der «Daily Express» sind, zwei Zeitungen, die während der Regierungszeit Premierminister Wilsons mit ihrem politischen Bekenntnis nicht hinter dem Berg zurückhielten und neue Rekorde an parteipolitischer Voreingenommenheit aufstellten. Glücklicherweise besteht heute Grund zur Annahme, dass es dem «Guardian» in der Gruppe der anspruchsvollsten und der «Sun» in der Gruppe der eher volkstümlichen Blätter besser als manchen Konkurrenzunternehmen gelungen ist, ihre Stellung im Verlauf der letzten Monate zu konsolidieren.

«Guardian» und «Sun» – zwei Erfolgsblätter trotz allem

Die Erfahrungen, welche die Herausgeber dieser zwei Zeitungen gesammelt haben, könnten für die britische Presse insgesamt bei der Wahl ihres Weges für die siebziger Jahre von Nutzen sein. Beide Blätter sind besonders interessante Beispiele von Patienten, an deren Betten eine lange Reihe von Fleet-Street-Ärzten ratlos die Köpfe schüttelten und erklärten, ihre Leiden verschlimmerten sich stetsfort und seien ganz bestimmt unheilbar.

Der «Guardian», so behaupteten sie, werde die Verpflanzung nach London niemals überleben. Es lasse sich nicht vermeiden, dass er seine angestammte Kundschaft im Gebiet von Manchester verliere; aber ein Fussfassen in dem nach London hin orientierten Lesermarkt werde ihm auch nicht gelingen. Mittlerweile sind acht Jahre verstrichen, und das Blatt lebt und gedeiht. Was seine Auflagezahl und Inserateneinnahmen anbelangt, steht dem Vernehmen nach alles zum besten. Viele Wortführer der öffentlichen Meinung ziehen seinen lebhaften, kecken Stil dem der eher nüchternen und gestrengen «Times» vor. So schätzt beispielsweise die überwiegende Mehrheit der Hochschulstudenten den «Guardian» höher ein als alle anderen Zeitungen.

Immerhin kommt es dem «Guardian» sehr zustatten, dass sich ihm eine

Art von Juniorpartner zugestellt hat, nämlich die «Manchester Evening News», ein Lokalblatt, das jeden Abend in einer räumlich begrenzten, aber sehr dicht besiedelten Region erscheint. Diese Zeitung wirft alljährlich einen sehr ansehnlichen Gewinn ab und ermöglicht es damit dem «Guardian», mit seinen ehrgeizigen Neuerungen in Text und Aufmachung fortzufahren. Gerade diese Tatsache bringt einem wieder einmal zum Bewusstsein, dass die gesamte Leserschaft aller ausserhalb Londons erscheinenden Morgen-, Abend- und Wochenzeitungen viel zahlreicher ist als der Leserkreis der von den Pressegewaltigen der Fleet Street herausgegebenen grossen Morgenblätter. Ich komme weiter unten nochmals auf diesen Sachverhalt zurück.

Auch die Geschichte der erst seit wenigen Jahren erscheinenden «Sun» ist recht aufschlussreich. Der bereits zuvor eingegangene und von fast niemandem betrauerte «Daily Herald», dessen Redaktionsstab und Geschäftsführung tatsächlich eng mit der Labour-Bewegung und dem Gewerkschaftskongress verbunden waren, fühlte sich auch dann noch dem Leitbild des sozialistischen Arbeiters mit seiner sprichwörtlichen Schirmmütze verpflichtet, als dieses durch die Entwicklung schon lange überholt war. Vor sechs Jahren trug man den «Daily Herald» ohne grossen zeremoniellen Aufwand zu Grabe, und die «Sun» nahm seinen Platz ein. Der Aufgang der «Sun» wurde von einem Morgengesang aufwendiger Publizität angekündigt. In der Tat unterschied sich die neue Zeitung deutlich von ihrem Vorgänger. Schon rein äusserlich sah sie anders aus. Sie passte das kleinere und handlichere Format, das schon dem «Daily Mirror» zum Erfolg verholfen hatte, ihren eigenen Bedürfnissen an, bemühte sich um eine rein äusserlich einladende Aufmachung, ohne deswegen den Gehalt des Textteiles allzusehr zu verwässern. Leider erfüllten sich die hochgeschraubten Hoffnungen nicht ganz. Teilweise war dies darauf zurückzuführen, dass sich der vom «Daily Herald» übernommene Stab von Hilfsredaktoren und freien Mitarbeitern nicht genügend Rechenschaft über Sinn und Tragweite des geänderten Status gab, teilweise auch darauf, dass sich das Blatt selbst nicht darüber schlüssig war, ob es sich gegen den «Daily Mail» und «Daily Express» um die Gunst des breiten Mittelstandes oder gegen den «Daily Mirror» und «Daily Sketch» um die der unteren Klassen bewerben sollte. Die Situation komplizierte sich zusätzlich, als die International Press Corporation Interesse an der Übernahme sowohl der «Sun» als auch des «Daily Mirror» bekundete und es damit beiden Blättern sehr erschwerte, einen von höheren Einflüssen ungehemmten Konkurrenzkampf zu führen.

Mittlerweile hat Rupert Murdoch die «Sun» zu seinem Presseimperium geschlagen und der früheren Unentschlossenheit ein Ende gesetzt. Als er das Blatt 1969 kaufte, hatte seine Auflagezahl einen bedenklichen Tiefpunkt erreicht. Heute gewinnt die Zeitung von Woche zu Woche einige tausend neue Leser und wird aller Voraussicht nach bald wieder die Zwei-Millionen-

Grenze überschreiten. Der frische Konkurrenzwind bläst besonders dem grösseren Rivalen der «Sun», dem «Daily Mirror», recht unangenehm um den Kopf, sah er sich doch gezwungen, mit einer für dieses Jahr fälligen Preiserhöhung für mehrere Monate zuzuwarten, da die «Sun» mit einer Preisunterbietung gedroht hatte. Auch dem «Daily Sketch» ist das neue, herbere Klima alles andere als zuträglich, und er scheint recht kläglich dahinzuvegetieren. Alles in allem genommen hat die «Sun» nun offenbar endlich ein Rezept für den Erfolg gefunden, und es ist wohl bezeichnend, dass sich ihre politische Haltung gleichsam unter dem Stichwort «Die Pest über euch beide» – gemeint sind hier die beiden grossen Parteien des Landes – zusammenfassen lässt. Zu einer Zeit, da sich die britische Wählerschaft über das Gebaren der beiden Hauptparteien in steigendem Masse enttäuscht zeigt und immer weniger Bereitschaft bekundet, sich fein säuberlich in zwei Gefolgschaften einteilen zu lassen, kommt das Erscheinen einer Zeitung, die sich ganz unverhohlen über das kleinliche Parteiengezänk lustig macht, offensichtlich den Bedürfnissen und der Stimmungslage weiter Kreise der erwachsenen Bevölkerung entgegen.

Gute Zeiten für Provinzblätter

Die gesunde wirtschaftliche Lage der Provinzpresse, auf die ich bereits kurz hingewiesen habe, entging nun auch nicht der Aufmerksamkeit ihrer grösseren Londoner Geschwister. Zuerst kaufte die «Daily Mirror»-Gruppe und kürzlich auch der Beaverbrook-Konzern, der Besitzer des «Daily Express», einige lokale Wochen- und Abendzeitungen auf. Bereits zuvor hatte die Thomson-Organisation diesen Weg beschritten, und Woodrow Wyatt, ein anderer Labour-Abgeordneter mit einem ausgeprägten presseorganisatorischen Spürsinn, verwandelte harmlose kleine Lokalblätter in geschickt aufgemachte und attraktive Zeitungen, nicht zuletzt dank Zuhilfenahme neuer Druckverfahren, wie des Webb-Offsetdrucks und einer höchst modernen computergesteuerten Drucktechnik. Den Vorstössen des «Daily Mirror» und des «Daily Express» in die Provinz hinaus lagen freilich nebst den rein wirtschaftlichen auch noch andere Erwägungen zugrunde. Beide wollen nämlich die neuerworbenen Blätter enger an das Stammhaus binden, als dies bei den anderen Konzernen, welche sich ausserhalb Londons auf den Beutezug begeben hatten, der Fall gewesen war. Offensichtlich sind sie nicht nur am finanziellen Gedeihen der von ihnen aufgekauften Lokalzeitungen interessiert. Vielmehr verwenden sie sie auch als Pflanzstätte und Exerzierfeld für vielversprechende junge Journalisten. Eine Anzahl von kleinen Zeitungen in Devonshire und Cornwall, über die ich aus eigener Erfahrung genauer Bescheid weiss, verfügt über einen Stab aussergewöhnlich talentier-

ter junger Reporter, die sich ohne Zweifel dereinst an der Fleet Street einen Namen schaffen werden.

Auch die selbständigen und eher konventionell aufgemachten Provinzblätter erfreuen sich guter Zeiten. Zeitungen wie der «Scotsman», der «Sheffield Telegraph», die «Birmingham Post», der «Western Mail» in Wales und die «Western Morning News» im Südwesten verzeichnen steigende Einnahmen aus dem Inseratengeschäft und befriedigende Auflageziffern. Ihre kleineren Geschwister, die jeweils eine grössere Stadt oder eine dünn besiedelte ländliche Gegend bedienen, zeigen sich fast ebenso glücklich. Ein Zeitungsverleger bekannte mir kürzlich, dass ihm gerade die wachsende Flut von Inserateneingängen nicht geringe Sorgen bereite. Er sehe absichtlich davon ab, sich um neue Inserenten zu bemühen, damit nicht der Textteil seiner Zeitung zugunsten eines erweiterten Inseratenteils gekürzt werden müsse.

Tatsächlich konnten sich gerade auf regionaler Ebene oft neue technische Errungenschaften durchsetzen. Zur Zeit seiner Übersiedelung nach London sah sich nämlich der «Guardian» infolge des Widerstands der Gewerkschaften gezwungen, auf die Einführung eines Faksimile-Schnelldruckverfahrens zu verzichten. Die Provinz- und Lokalpresse hingegen blieb von derartigen Bremsmanövern verschont. Dank ihrer besseren Manövrierfähigkeit, ihrer gesunden Finanzlage und ihrer zeitgemässen Aufmachung vermochten sich diese kleineren Zeitungen gut zu entwickeln. Heute können sie sogar mit den Konkurrenten an der Fleet Street um die Gunst des Publikums wetteifern. Nicht zuletzt ihren Anstrengungen ist es zuzuschreiben, dass sich in vielen Gebieten Grossbritanniens, die sonst allenfalls von den gleichmacherischen Einflüssen des 20. Jahrhunderts überrollt worden wären, ein Sinn für regionale Zusammengehörigkeit und Eigenständigkeit lebendig erhalten konnte.

Im Verlauf der letzten paar Jahre hat das Erscheinen einer neuen Gattung von Zeitungen dazu geführt, dass manche Leute ihre Stirn besorgt in Falten legten: Kleine, mit modernen Lithopressen ausgerüstete Druckereiunternehmen beteiligen sich nun auch am Konkurrenzkampf. Dank genügenden Einnahmen aus dem Inseratengeschäft sind sie in der Lage, ihre kleinen und mit überraschend guter Berichterstattung aufwartenden Lokalanzeiger unentgeltlich abzugeben. Die Verbreitung dieser Gratisanzeiger stellt ein Phänomen dar, das auch mächtige Presseleute mit wachsender Beunruhigung verfolgen.

Kein Grund zu Pessimismus

Wie soll nun, nach einer gründlichen Untersuchung des Patienten, die Diagnose lauten? Das letzte Jahrzehnt brachte für die britische Presse man-

che Schwierigkeiten mit sich. Die Presse sah darin aber auch eine Art Herausforderung, der es tatkräftig zu begegnen galt. Sie hat sich auf allen Stufen und in allen möglichen Formen den veränderten Gegebenheiten und den neuen Bedürfnissen ihrer Leser angepasst. Dabei hat sie beachtenswerte Erfolge erzielt. Bis heute deuten noch keine Anzeichen darauf hin, dass die von der Fleet Street ausgehenden unternehmerischen und finanziellen Konzentrationsbewegungen bedrohliche monopolistische Dimensionen angenommen haben, und der Erfolg der Lokalzeitungen bietet wohl Gewähr dafür, dass der Konkurrenzeifer unabhängiger Unternehmer auch in der Zukunft für einen frischen Wind im Blätterwald sorgen wird. Heute liefert das Fernsehen eine unabhängige politische Berichterstattung. Damit sehen sich die Zeitungsbarone weitgehend der Möglichkeit beraubt, unbekümmert um die Einflüsse anderer Massenmedien ihre politischen Ansichten zu verkünden und die politischen Nachrichten nach eigenem Gutdünken zurechtzubiegen. Das journalistische, photographische und darstellungstechnische Niveau ist so hoch wie nur je zuvor.

Freilich erheben manche Pessimisten auch heute noch warnend ihre Stimme. Die im Verlauf der schwierigen Jahre vor und nach 1965 zutage getretenen grundlegenden Schwächen – die Abhängigkeit von den schwankenden Inserateneinnahmen, die steigenden Herstellungskosten und der Widerwille der Gewerkschaften, sich mit unumgänglichen technischen Neuerungen abzufinden – liessen sich noch nicht ausmerzen. Dennoch darf man heute mit gutem Grund hoffen, dass es der Zustand des Patienten erlaubt, von einem chirurgischen Eingriff abzusehen und dass er auf ein harmloseres Heilverfahren gut anspricht.

Aushöhlung der Pressefreiheit von innen her?

Zwei Vorfälle aus jüngster Zeit geben allerdings zu Bedenken anderer Art Anlass. Vor einigen Monaten wurde sogar Clive Jenkins, ein ungewöhnlich freimütiger Gewerkschaftsführer, Opfer einer Streikdrohung. Da er nämlich nicht der Nationalen Journalistengewerkschaft angehört, vereitelte das Druckereipersonal des «Daily Mirror» sein Vorhaben, in diesem Blatt regelmässige Beiträge erscheinen zu lassen. Wegen seinen angriffigen, oft rücksichtslosen Stellungnahmen ist Jenkins keine beliebte Persönlichkeit. Aber viele müssen sich doch gefragt haben, ob es richtig gewesen sei, ihm auf diese Weise den Mund zu stopfen. Schliesslich gelang es, den Zwischenfall auf dem Kompromisswege beizulegen. Dennoch hinterliess die Affäre einen bitteren Nachgeschmack. Auch ein weiterer Vorfall mahnt zum Aufsehen: Die für Sommer 1970 angesetzte Cricket-Tournee einer ausschliesslich weissen Mannschaft aus Südafrika hat schon jetzt verständlichen und ge-

rechtfertigten Unwillen hervorgerufen. Das ganze Vorhaben ist in England recht umstritten. Neuerdings haben gar Sportberichterstatter und Druckereipersonal gedroht, die Tournee zu boykottieren und sich zu weigern, auch nur eine einzige Spielreportage erscheinen zu lassen. Ist dies nun wirklich der beste, der wirksamste und der zweckmässigste Weg, einen Polizeistaat blosszustellen?

Grossbritannien ist, gewiss nicht zu Unrecht, stolz auf seine freie Presse. Im Verlauf ihrer Geschichte stiessen alle Drohungen, ihre Freiheit der Meinungsäusserung zu beschränken, auf entschlossenen Widerstand. Noch 1956, als sich die konservative Regierung bemühte, die Kritiker ihres verhängnisvollen Suezabenteuers zum Schweigen zu bringen, wehrte sich die Fleet Street vehement gegen diesen Einmischungsversuch der Politiker. Es wäre eine grausame Ironie, wenn die Pressefreiheit nunmehr von innen her ausgehöhlt werden sollte.

Literatur und Kultur in der Zeitung

FRANÇOIS BONDY

Für «Literatur und Kultur» reserviert die Tageszeitung einen Raum, der einst gesamthaft «das Feuilleton» genannt wurde und auch noch oft wird, und für dessen Verwalter der Titel «Feuilletonredaktor» üblich ist. Am Anfang der Massenpresse war Mittelpunkt des Feuilletons der Fortsetzungsroman, der – wenn Alexandre Dumas oder Eugène Sue der Autor war – auflagesteigernd wirkte, Lokomotive war. Damals war eben Literatur das einzige «mass medium» der Unterhaltung. Warum können jedoch auch heute Romane Riesenauflagen erreichen, ohne dass ihr Vorabdruck die Auflage einer Zeitung steigern würde? Die Lesegewohnheiten haben sich offenbar noch mehr verändert als die Substanz der Erfolgsromane – vielleicht weil wir von Film und Fernsehen her gewöhnt sind, jeweils eine massivere Dosis Spannung auf einmal verabreicht zu bekommen und weniger bereit sind, uns kleinweis auf die Folter spannen zu lassen? Vielleicht auch, weil innerhalb der Romane das Geschehen einem andern Rhythmus folgt? Wie immer – das «Feuilleton» ist heute nur zum kleinsten Teil der Stoff selber, zum weit grösseren Teil ist es Auskunft und Wertung, reicht vom Essay, wie ihn unter Tageszeitungen wohl nur die «Neue Zürcher Zeitung» zu drucken wagt, bis

zur Kurzrezension, der Kulturnotiz – und da ist es bezeichnend, dass gerade die «Neue Zürcher Zeitung» neuerdings in der Sonntagsausgabe diese informierende Rubrik ausgebaut und institutionalisiert hat.

Nun besteht auf kulturellem Gebiet mit wenigen Ausnahmen, zu denen die Besprechungen von Aufführungen und Filmen gehören, kein Interesse an sofortiger Nachricht und Wertung, das demjenigen des politischen und wirtschaftlichen Teils der Zeitung entspräche. Im Vergleich zum Bedürfnis, in Politik und Wirtschaft, wichtige Vorgänge möglichst schnell zu kennen und zu verstehen, ist der Kulturteil der Zeitung relativ «zeitlos», wendet sich bei Zeitungen mit hoher Auflage an einen Leserkreis innerhalb der Gesamtleserschaft. Wer hätte nicht schon die literarische Beilage der «Neuen Zürcher Zeitung», die «Welt der Literatur», den literarischen Teil von «Le Monde» (Samstag) beiseite gelegt, um sie später in Musse zu lesen, was für keinen andern Teil einer Tageszeitung gelten dürfte? Damit ist aber das «Feuilleton» auf dem Weg dazu, nicht eine «Zeitung innerhalb der Zeitung» zu werden, sondern eine «Zeitschrift innerhalb der Zeitung». Das wird durch die Absonderung des Literaturblattes in der «New York Times», im «Le Monde», in «Die Welt» usw. deutlich. Solche Beilagen leisten, was schon im siebzehnten Jahrhundert auf Rezensionen spezialisierte Zeitschriften zu leisten hatten. Weil der Kulturteil anders zur Zeit steht als Politik und Wirtschaft, steht er auch anders zum Raum. Einst war die Kultur die Domäne «unter dem Strich». Heute teilt sie sich bei den meisten Zeitungen deutscher Sprache zwischen Berichten aus Weltstädten und aktuellen Chroniken «unter dem Strich» und «Beilagen», wobei es merkwürdig ist, dass es keine Kunstbeilagen in der Art der Buchbeilagen gibt, obgleich die Kunst heute mindestens kein kleineres Publikum hat als die anspruchsvolle Literatur. Es dürfte mit der allgemeinen Zugänglichkeit der Bücher im Vergleich zu den Ausstellungen zu tun haben, wird aber nicht unbedingt so bleiben. In den Mappen, die den Lesern der «Welt der Literatur» angeboten werden, im jährlich erscheinenden Inhaltsverzeichnis der Literaturbeilagen der «Neuen Zürcher Zeitung» wird die Besonderheit eines «Literaturteils» sichtbar. Die Entwicklung der «Zeitschrift innerhalb der Zeitung» mag eine der Ursachen der viel besprochenen Krise der Zeitschriften sein, die hier einem lange nicht zur Kenntnis genommenen, schon vom Preis her überlegenen Konkurrenten begegnen.

Wie verhält sich im Feuilleton die Information zur Wertung? Die Länge der Beiträge ist nicht das Kriterium. «Die Tat» mag Dutzende kurzer Rezensionen aneinanderreihen, die jeweils entschieden persönliche Wertungen und nicht einfach «Hinweise» sind. Anderseits kann ein ausführlicher Überblick über eine Theatersaison nur der Information wegen gelesen werden, und der Verfasser eher Kulturreporter als profilierter Kritiker sein, obzwar die im Politischen immer wieder erwünschte klare Trennung zwischen «Informa-

tion» und «Kommentar» im Kulturteil kaum möglich ist. Schon die Entscheidung, was jeweils als Kunst, als Literatur, als Kultur gelten soll, unterliegt der subjektiven Entscheidung der Redaktion, des Mitarbeiters, ist problematischer, als das für irgendeine andere Sparte der Fall ist.

Auf dem Gebiet der Information hat sich, so scheint mir, das Interesse stark auf die Voraussetzungen von Kultur, auf ihren Betrieb verlagert. Was sollen die Funktionen eines Museums sein, was ist das Mäzenat in der modernen Musik, wie weit sollen die Theater subventioniert sein, wie ist die Struktur des Verlagswesens, was sind die verschiedenen Formen von Zensur und Manipulation, wie verhält sich die traditionelle «Bildung» zu den neuen Formen der Kunst, zu dem, was sich als Antikunst, als Antikultur präsentiert und in keine Traditionen einbauen lassen will? Kultur für wen? Für eine Elite mit gemeinsamer Bildung stellten sich diese Fragen einst nicht so wie heute. Das Interesse am Instrumentarium der Kultur, an den Funktionen, war nicht so «indiskret», so prioritär. Die Selbstverständlichkeiten eines gemeinsamen Geschmacks, der Hintergrund des literarischen Salons hinter den Wertungen eines Sainte Beuve – das ist vergangen. Stillschweigende Voraussetzungen gibt es noch, wenn ein «Star» im Brennpunkt der Aktualität steht: Godard, Warhol, Mailer, Karajan. Rückbeziehung auf Vergangenes ist niemals mehr selbstverständlich und damit verständlich wie früher.

Bei der Information wird für die Tageszeitung alles, was am Ort selber geschieht, den Vorrang haben. Darüber vollständig zu berichten, ist ihre Aufgabe. Sobald es sich um geographisch ferner liegende Gebiete handelt, wird es eine Ermessensfrage. In der deutschen Schweiz reicht bereits das Interesse des Lesers nicht bis zur welschen Schweiz. Die Erfolge eines Essayisten wie Denis de Rougemont, eines Romanciers wie Jacques Chessex – sie werden bei Preisverleihungen und solchen Anlässen vermerkt, sonst frühestens nach der Übersetzung von Werken. Wer glaubt, dass es in der Literatur und der Kunst so etwas wie ein gemeinsames schweizerisches Kulturleben gäbe, den können die Feuilletons der Tages- und Wochenzeitungen eines besseren – oder sollen wir sagen: eines schlechteren? – belehren. Die Sprach-, nicht die Landesgrenze entscheidet über das literarische Interesse. Hier ist offenbar eine Lücke, und sie lässt den Zeitschriften konkurrenzlos eine besondere Aufgabe und auch Chance.

Ein wichtiges Moment ist das nationale Prestige. Wenn «Time» auf dem Umschlag das Bild von Günter Grass hat, werden es die bundesdeutschen Zeitungen hervorheben. Ehrungen und ausländische Aufführungen von Frisch oder Dürrenmatt sind hier stets «news». Die Kenntnis der eigenen Ausstrahlung ist in der Tat wichtig. Jede Zeitung ist schliesslich zugleich eine «Ortung». Der Leser muss sofort spüren, in welcher Stadt, in welchem Land sie gemacht wird. In den Informationen aus der weiten Welt unterscheiden sich aber die Blätter nicht so sehr wie im Besonderen. Eher ist zu beachten,

wie sich das Gewicht von Literatur auf Sachbücher verlagert, und wie eigene Besprechungen von Taschenbuchausgaben nützlich werden; also allgemeine Phänomene. Hier hält es jede Redaktion ein wenig anders, so dass nichts Allgemeingültiges darüber zu sagen ist. Es sei denn im Negativen: Verpasst eine Zeitung wichtige Ereignisse der Weltgeschäfte oder der Geschäftswelt, so werden die Leser es sie sofort fühlen lassen. Bei der Kultur drückt der Leser nicht auf die Auswahl. Einen Brief von der Art: «Sie berichten zuviel über Paris und zuwenig aus London, wo doch kulturell jetzt mehr los ist», erhält ein Redaktor fast nie. Man ist mit den Informationen als Lesestoff zufrieden, weiss, dass ein universaler Überblick ohnehin nicht gegeben werden kann, zumal, wenn es um das Bemerken des Kommenden, des Neuen geht. Mag die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» einen in der Masse überwältigenden internationalen Kulturausblick bieten, was am meisten wirkt, ist Persönlichkeit, Stil und Temperament der Mitarbeiter, die zu einer «Autorität» werden, zu einer «Machtposition» gelangen. Das kann Starkult sein, ist aber vor allem ein Vertrauensfaktor. Der Kritiker, der lange Jahre hindurch Aufführungen oder Neuerscheinungen verfolgt hat, besitzt Vergleichsmöglichkeiten, Erfahrung, Massstäbe, die der Leser auch dann schätzt, wenn er sie nicht annimmt. Er weiss, woran er ist, und bei der verwirrenden Fülle des Gebotenen und der Vielfalt der Urteile ist das ein Bedürfnis. Es schafft ein Gefühl von Sicherheit. Neben der Anonymität der Information ist die Namhaftigkeit der Wertenden immer entscheidend wichtig. In Politik und Wirtschaft wird der Leser sagen, seine Zeitung informiere ihn gut. Bei Kultur wird er den Namen eines Buch- oder Theaterkritikers nennen: Elisabeth Brock-Sulzer, Werner Weber, Hans Rudolf Hilty oder auch Günter Blöcker, Joachim Kaiser usw. Komplementär zum gewachsenen Interesse an den kollektiven Voraussetzungen der Kultur besteht daher das nicht geminderte Interesse an der Persönlichkeit des Mitteilenden.

So wären diese vier Faktoren, die «Zeitschrift in der Zeitung», das Interesse am Unterbau der Kultur, die Ermessensfreiheit der Redaktion in ihrer Information, die Bedeutung der Persönlichkeit des Kritikers, teils dauerhaft, teils neu akzentuiert, die Tendenz des «Feuilletons». Diese Feststellung freilich ist ihrerseits subjektiv, vom Betrachter abhängig. Andere mögen andere Entwicklungen für wichtig halten. «Objektivität» gibt es auf dem Gebiet der Kultur wie auch der Beurteilung ihrer Mitteilungsweise kaum; es bleibt im Bereich des «intersubjektiven» Pluralismus und gerade heute, wie alles, was mit unseren Begriffen von «Bildung» zu tun hat, problemhaft und problematisch, radikaler Infragestellung bedürftig und gewärtig.

Die Presse im Sog unserer Zeit

CHRISTIAN PADRUTT

Unkonventionelle Überlegungen als Orientierungshilfe

Die Presse – so künden die Nachrichten aus nah und fern unüberhörbar und unmissverständlich – liegt auf dem Krankenlager, und ihr Zustand gibt zu häufigem Konsilium, ja gar zu ernster Besorgnis Anlass: Der einst bärenstarke Patient fühlt sich schwach, hat sichtlich an Gewicht verloren; manche Organe sind abgestorben, und der gestörte Kreislauf muss mit Injektionen und Transfusionen gestützt werden.

An Ärzten aller Spezialitäten mangelt es ebensowenig wie an Therapievorschlägen, deren Spannweite von der Verabreichung altbewährter Hausmittel bis zur raschen Einweisung ins staatliche Hospital reicht. Aber die Behandlungen, die angesichts der Krankheitssymptome proponiert werden, begründen die Vermutung, dass die Diagnose ohne breitangelegte, gründlich-sachgerechte und vorurteilslose Untersuchung gestellt wurde und zudem von einer Anatomievorstellung ausging, die nicht der Wirklichkeit entspricht.

Mythos statt Wirklichkeit

Die Presse – zu eingeschränkt als Tagespresse verstanden – wurde im liberalen Zeitalter vor dem Hintergrund ihrer tatsächlichen Bedeutung zum Mythos. Philosophen, Staatsrechtler und Politiker haben ihr nach der Meinung Walter Hagemanns «im Pantheon der Demokratie einen Ehrenplatz neben Regierung, Justiz und Volksvertretung eingeräumt, und im Kampf um Meinungs- und Informationsfreiheit empfing sie den Ritterschlag des Helden und die Märtyrerkrone des unschuldig Verfolgten». Als «Vierte Gewalt», als unabhängig-umfassende Kontrollinstanz, nimmt die freie Presse auch in zeitgenössischen Betrachtungen und Erwägungen zum demokratischen Staat einen breiten, auszeichnenden Raum ein; insbesondere aber kennzeichnet sie das Selbstverständnis derjenigen, die in ihrem Dienst stehen: Verleger, Redaktoren, Mitarbeiter; mithin Journalisten jeder Ausprägung.

Zwar wird in der kritisch-besorgten Schau der zahlreichen Beobachter des Pressewesens die offenkundige Diskrepanz zwischen Vorstellung und

Wirklichkeit nicht übersehen, jedoch im Zusammenhang mit traditionalistisch-dogmatischen Stereotypen unzutreffend gewürdigt. Die Regel in der Flucht der Presse-Erscheinungen wird als Ausnahme gewertet. Die klare Einsicht schlägt nicht durch, dass die Idee einer vielgestaltigen, vornehmlich die Meinungen von einzelnen und Gruppen artikulierenden, weniger aber informierenden, vom Staat, der Gerichtsbarkeit und den Gesetzgebungsinstanzen – letztlich von der Gesellschaft – unabhängigen Presse eine Modellvorstellung bedeutet, die auch im liberal-bürgerlichen Zeitalter nur sehr bedingt mit den Realitäten übereinstimmte, heute jedoch als geradezu wirklichkeitsfremd beurteilt werden muss. Das stolze Wort von der «Grossmacht Presse» mochte einst gewisse Gültigkeit besessen haben – jetzt gehört es zur Festtags-Rhetorik.

Die Presse ist keine statische Grösse im politologischen Kalkül, sondern eine ausgesprochene Funktion des sozio-kulturellen Feldes, der sozialen, kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und technischen Prozesse in der Gesellschaft. Sie ist von den gesellschaftlichen Wandlungen und Entwicklungen nicht abtrennbar; sie ist deren Ausdruck und Ausformung. Die Pressegeschichte macht dies deutlich: Die Wochenzeitungen des 17. Jahrhunderts sind mit den Intelligenzblättern und den gelehrten Zeitschriften des 18. Jahrhunderts, den profilierten Parteiorganen des 19. Jahrhunderts und schliesslich mit den Massen- und Elitezeitungen des 20. Jahrhunderts nicht zu vergleichen, ausser in der Grundgemeinsamkeit der Kommunikation, der Bedeutungsvermittlung im weitesten Sinne des «Miteinander von Mensch zu Mensch». Jede Gesellschaft formt sich zu jeder Zeit die ihren jeweiligen Bedürfnissen und Erwartungen entsprechenden Kommunikationsmittel, die deshalb in steter Veränderung begriffen sind. Die Presse führt also mitnichten ein Sonderdasein; sie ist vielmehr in die gesellschaftliche Umwelt eingebettet und durch ein- und wechselseitige Abhängigkeiten bestimmt.

Unter diesem entscheidenden Aspekt muss auch die gegenwärtige Situation der Presse betrachtet werden, wobei sie sich auch in enger Relation zu den anderen Kommunikationsmöglichkeiten befindet; ihre isolierte Untersuchung führt unweigerlich zu folgenschweren Missverständnissen und Fehlurteilen. Das Insgesamt der Medien und damit auch die Zeitung und Zeitschrift dient nicht mehr – wie im 19. Jahrhundert – einer kleinen Minderheit weltanschaulich-politisch engagierter Gruppen in einer festgefügten, von überkommenen Werten und Normen bestimmten, wenig differenzierten und beweglichen Gesellschaft. Die Massenmedien ermöglichen heute soziale Kommunikation in der voll entwickelten industriellen Gesellschaft, die durch arbeitsteilige Massenproduktion, Rationalisierung und Standardisierung in jedem Gebiet, durch ein deutlich strukturiertes Bildungssystem, durch ein Nebeneinander religiöser, weltanschaulicher und politischer Bekenntnisse im selben Lebensraum, durch persönliche Selbständigkeit und ausgeweitete

Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen und durch unablässige Umschichtungsprozesse gekennzeichnet ist.

Eine solchermassen typisierte Gesellschaft lässt keine rasche Übersicht mehr zu, sondern die mannigfachen und sich überschneidenden Interdependenzen der Gruppen und ihrer Funktionen können – wenn überhaupt – bloss noch durch Massenmedien aufgezeigt und dargestellt werden, die das Raum- und Zeitproblem lösen, indem sie von jedem Punkt der Erde jedes Ereignis zeitlich nahtlos – um ein Wort Günter Kieslichs zu gebrauchen – wiedergeben. Jene Medien, die kraft ihrer technischen Eigenschaften und Möglichkeiten solcher Leistung fähig sind, dienen vor allem dieser unverzüglichen, allseitigen Darbietung der Fakten unserer «one world»; im Vorzug der Überwindung von Raum und Zeit liegt die Attraktivität der elektronischen Medien Radio und Fernsehen. Die Presse muss heute die Darstellung der Ereignisse als nachträgliche Dokumentation vornehmen, wobei sozioökonomische Bedingungen trotz technischer Beschleunigung zu Rückschlägen gegenüber früher – etwa im Vertrieb durch die Post – geführt haben.

Die Presse im historischen Reigen der Medien

Die Abtretung der Spitzenposition in der Nachrichtenvermittlung an die beiden jüngeren Medien ausserhalb des regional-lokalen Bereichs hat die Presse noch immer nicht bewältigt; sie bereitet Verlegern und Journalisten offensichtlich erhebliche Mühe. Der Entzug des Privilegs bereitet nie eitel Freude, auch der Presse nicht, obwohl auch sie in ihrer langen und wechselvollen Geschichte anderen Medien – etwa dem Buch oder dem Flugblatt – einschneidende Funktionsänderungen aufgezwungen hatte, abgesehen vom Wechselbezug zwischen Zeitung und Zeitschrift innerhalb der Presse. Allerdings erfolgte die Umpolung gewissermassen im Handumdrehen: Der langsame Aufstieg des Radios verschleierte der Schweizer Presse die sich anbahnende Umstrukturierung, bis dann mit dem steilen Emporkommen des Fernsehens, das zum optisch-akustischen Urerlebnis zurückführte, die Umstellung im Kommunikationsfeld zur Tatsache wurde. Entgegen allen Unkenrufen hielt sich jedoch die Presse; sie wurde nicht ersetzt.

Darin ist eine bedeutsame Erscheinung der Mediengeschichte einbeschlossen: Neuaufkommende Medien beseitigen die bereits bestehenden Kommunikationsmittel nicht, doch weisen sie ihnen veränderte oder völlig neue Aufgaben im Gesamtrahmen der sozialen Kommunikation zu. So hat weder das Radio die Zeitung noch das Fernsehen Zeitung und Radio zum Verschwinden gebracht. Und erlebt nicht derzeit die archaische «Wandzeitung», besonders in plakativer Gestalt, eine echte Renaissance?

Die Veränderungen und Wechsel in der Gesellschaft, die das Aufkommen

neuer Medien und ihren Einsatz als Kommunikationsmittel bestimmen, erfordern demnach die gründliche Überprüfung von Auftrag und Funktion der übrigen Medien. Unüberlegtes Verharren und traditionsbedingte Unbeweglichkeit wirken sich verhängnisvoll aus, auch wenn die Folgen erst nach geraumer Zeit spürbar werden. Mangelnde Erkenntnis der gewandelten Position eines Kommunikationsmittels führt zur Divergenz von Zielvorstellungen des Kommunikators und Erwartungen des Rezipienten, schliesslich zur unmittelbaren Abweisung des kommunikativen Angebots. Solche fehlende Übereinstimmung zwischen den Partnern im Kommunikationsprozess – zwischen Redaktor und Leser – drückt sich im Bereich der Presse in sinkenden Auflage- und Leserziffern oder in niedrigem Beachtungsgrad aus, ja letztlich im Eingehen von Presseorganen.

«Meinungspresse» und Leserbedürfnis

Strategie und Taktik der verlegerischen und redaktionellen Tätigkeit dürfen den Leser und seine Bedürfnisse nicht dermassen ausser acht lassen, wie dies vielerorts noch der Fall ist. Die Vernachlässigung des Gesprächspartners beginnt sich bei zahlreichen schweizerischen Mittel- und Kleinzeitungen sichtlich zu rächen. Wenn demnach – um in eine andere Dimension hinüberzuwechseln – die «Meinungspresse» an Titeln und Auflage zusehends schwächer wird, liegt der Grund zweifellos vorwiegend in der Kluft zwischen dem redaktionellen Angebot und dem Bedürfnis des Lesers. Der Aufstieg der parteiunabhängigen Presse lässt anderseits die begründete Vermutung zu, dass ihr Inhalt – breite, sachlichere Information, mehrseitige Kommentierung ohne penetrante Verkündigung des eigenen Standpunktes – die Erwartungen der Leserschaft befriedigt. Der Durchschnittsleser lehnt Präsentation von Nachrichten und Darlegung von Urteilen im engen Rahmen eines parteidoktrinären Einheitsbildes ab. Den Gründen ist hier nicht nachzugehen, aber der Tatbestand, wie er überall und mit helvetischer Retardierung auch hierzulande sichtbar wird, ist festzuhalten.

Die berufsständische Ideologie, die dem Journalisten den Auftrag eines Erziehers und Führers zuhält, findet keinen Anklang in der mündig gewordenen Leserschaft mehr. Ulrich Nussberger, der kenntnisreiche und weitsichtige Betrachter der Wandlungen im Schweizer Pressewesen, hat darauf schon vor Jahren hingewiesen:

«Die Standortzeitung kann heute die Führerrolle, die sie noch im vergangenen Jahrhundert innehatte, nicht mehr länger beanspruchen. Im Grunde genommen muss sie sich mit derjenigen des Beraters begnügen, der seinen Mitmenschen die Umstände, die Voraussetzungen und die Verhältnisse in aller Offenheit auseinandersetzt und ihnen dabei ein eigenes Urteil erleichtert. Ein Berater handelt aber immer unklug, wenn er versucht, einem

Dritten seine Überzeugung mit Druckmitteln beizubringen. Es gäbe aus der jüngsten Zeitungsgeschichte mancherlei Beispiele zu zitieren, in denen die Stellung alter und angesehener Standortzeitungen deswegen erschüttert wurde, weil sie diese Wandlung nicht erkannt haben und glaubten, immer noch das Amt eines Lehrers und Schulmeisters innezuhaben.»

Das Absterben solcher Blätter ist nicht aufzuhalten; ihre künstliche Aufrechterhaltung durch irgendwelche Hilfeleistungen wäre sinn- und zwecklos, weil sie keine Bedürfnisse der Leser befriedigen. Die Mühseligkeit, ja Unmöglichkeit, den Parteimitgliedern das Abonnement und die Lektüre der Parteizeitung beizubringen, belehrt schlagend über die Lage. Der weitherum fassbare Tatbestand, dass Blätter, die mit und ohne Parteibezug offen und aufgeschlossen ihre Aufgabe der Informierung und Kommentierung sowie der Unterhaltung erfüllen, prosperieren, mag doch die Einsicht in die Gesprächspartnerschaft fördern: Zeitungen haben sich nicht als Kanzeln für einzelne Persönlichkeiten, sondern als Forum und Plattform für unterschiedliche Meinungen, für den Austausch von Ansichten und Auffassungen aus verschiedenen Gruppierungen zu begreifen. Die Repräsentanten der Gruppen mit ihren divergierenden Einstellungen und Beurteilungen sollen sich in der Zeitung zur Diskussion, welche bekanntlich die Demokratie trägt, einfinden. Nicht bloss parteipolitisch unabhängige Organe sind zur Agora geworden, sondern immer mehr auch parteinahe Blätter, welche die Parteipolitik und den Parteistandpunkt zugunsten freier Aussprache zwischen abweichenden Positionen zurückstellen, durchaus zu Nutz und Frommen von Zeitung und Leser. Das Bedürfnis der Leserschaft nach synoptischer Darstellung der Meinungsvielfalt im selben Blatt trifft sich übrigens mit der Meinungsspannweite innerhalb der einzelnen Partei, wobei die Versachlichung der Diskussion nicht zu übersehen ist.

Ein neues Informationskonzept

Mit der Zurückdrängung der einstmals dominierenden Parteidoktrin in der Tagespresse – ausgeprägte, meist nonkonformistische Meinungsstandpunkte schaffen sich publizistische Stützpunkte in Zeitschriften, von honorigen Wochenblättern bis zur «Untergrund-Presse» – ist die Betonung der Information einhergegangen. Sie spielt in der Regional- und Lokalzeitung eine entscheidende Rolle, doch kann sie trotz der Erstinformation durch Radio und Fernsehen auch im überregionalen und nationalen Blatt keineswegs entbehrt werden. Aber Gehalt und Gestalt dieser Information wandeln sich unter dem kategorischen Imperativ an die Tagespresse, eine Alternative zu den elektronischen Medien zu entwickeln. Die Lösung ist im Katalog der Eigenschaften des Mediums Zeitung zu suchen und zu finden: Fixierte,

konservierbare und wiederholbare Aussage, klare Ordnungs- und Gliederungsmöglichkeiten, individuelle Wahrnehmung der Aussagen, Freiheit in bezug auf Gegenstand, Dauer und Ort der Rezeption, meist bewusste, unterbrechbare Aufnahmebereitschaft, ausgleichbare Ablenkung, wiederholt nachvollziehbare geistige Konzentration und weitgehende Überprüfbarkeit und Vergleichbarkeit der Aussagen. Diese Vorzüge der Zeitung müssen in der Vielfalt der medialen Möglichkeiten, die dem Menschen zur Verfügung stehen, erkannt und genutzt werden, denn sie heben dieses Medium von anderen Kommunikationsmitteln ab und sichern bei kluger Berücksichtigung im verlegerisch-redaktionellen Handeln den Weiterbestand, mag die Entwicklung von Radio und Fernsehen auch noch so unerwartete Wendungen nehmen.

Die Gestaltung der Information als Hilfe zur Einordnung der nackten Fakten in Zusammenhänge ist eine vielfach noch nicht deutlich erkannte Möglichkeit der Zeitung. Fred Luchsinger hat darauf eindringlich verwiesen:

«Aber wir können etwas, was diese optischen und akustischen Berieselungsanlagen nicht können, was nur das geschriebene und vom Leser mit Aufmerksamkeit überdachte, in selbstgewählter Ruhe überdachte Wort vermag: Wir können das, was Ihnen in ein paar flimmernden Bildern in seinem rein optischen Aspekt vor Augen geführt wird, oder was Ihnen als Bruchstück aktueller Wirklichkeit, eben als sogenannte Nachricht, akustisch rasch verfuttert wird, erhellen, in seinen Zusammenhängen, in seiner Bedeutung, in seinen Hintergründen, in seinem Stellenwert erkenntlich machen. Wir können Ihnen helfen, sich ein Bild von der Welt zu formen, in der wir leben. Sich ein Bild machen, ist aber ein intellektueller Prozess, ein Prozess des Eindringens in die Dinge, des Bemühens, sie zu verstehen. Das Bild auf der Mattscheibe, der Originalton einer Rede, kann diesen Prozess unterstützen und ergänzen; aber es vermag ihn nicht zu ersetzen. Er vollzieht sich nicht im halben Hinhören und nicht im Starren auf die noch so bewegte reine Oberfläche der Dinge. Er verlangt Distanz und Auseinandersetzung – jene Art der geistigen Aufnahme also, die vor allem das Lesen, und nichts so sehr wie das Lesen, gewährleistet.»

Dass die stärkere Berücksichtigung der Information in diesem Sinne – bereits in der Nähe des Kommentars – den Leser anspricht, weil sie ihm die Orientierung in einer immer unübersichtlicher werdenden Umgebung fördert, zeigt das Erstarken angelsächsischer Zeitungen, die ihre besondere Aufmerksamkeit der Analyse, dem «interpretive reporting», zuwenden.

Unaufhaltsame wirtschaftliche Konzentration

Die Neuorientierung im Pressewesen, die in vollem Gange ist, unterliegt indessen auch dem Zwang der ökonomischen Entwicklung. Die Herausgabe einer Zeitung oder Zeitschrift erfordert einen stets umfangreicheren technischen, administrativen und redaktionellen Apparat mit beträchtlichem

Kapitalaufwand, während die Erträge zu wünschen übrig lassen. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass nicht alle Möglichkeiten der Einnahmensteigerung ausgeschöpft sind, wozu etwa in der Schweiz die Abonnements- und Inseratpreise zu rechnen wären. Aber die steigenden Anforderungen des Lesers an Gehalt und Gestalt des redaktionellen Angebots, der Einsatz neuer technischer Errungenschaften und die Umstrukturierung des Vertriebs – ob die über Telephonleitungen ins Haus gelieferte und dort reproduzierbare Zeitung bald Wirklichkeit wird? – lassen die wirtschaftlich-finanzielle Bedrängnis der Presse wachsen und zwingen zu Zusammenarbeit und Zusammenschluss auf allen Gebieten, von der Beschaffung des Textmaterials bis zur Auslieferung.

Die Unternehmenskonzentration wird deshalb im Gebiet der Presse weiter fortschreiten; sie ist kaum aufzuhalten, wenn die Presse jene Leistungen erbringen soll, die ihr durch die Kommunikation der modernen Industriegesellschaft abverlangt werden. Kommunikative Leistungsfähigkeit bedingt ein solides ökonomisches Fundament – um diese Feststellung ist nicht herumzukommen. Bemerkenswerterweise gilt jedoch im Pressewesen die wirtschaftliche Konzentrierung im Gegensatz zu anderen Bereichen keineswegs als fortschrittlich und wünschbar. An diesem negativen Vorzeichen ist allerdings eine offensichtliche Begriffsverwirrung nicht unbeteiligt.

Der inflationär verwendete Begriff der «Pressekonzentration» orientiert sich nämlich ausschliesslich an wirtschaftlichen Daten. Die Kritik, die das Wort vielfach unüberlegt und deshalb unzutreffend in die Diskussion wirft, lässt das Problem der kommunikativen Struktur des einzelnen Mediums ausser Betracht. Sie fusst in der Vorstellung, dass nur die grösstmögliche Vielfalt redaktionell unterschiedlich konzipierter, verlegerisch unabhängiger Zeitungen die demokratische Nachrichtenvermittlung und Meinungsbildung sicherstellen. Ohne Zweifel kann der freie Austausch von Information und Kommentar in diesem Modell verwirklicht werden, aber er ist nicht daran gebunden. Auch bei weitgehender wirtschaftlicher Konzentration – so hält Heinz Starkulla zu Recht fest – ist demokratische Kommunikation denkbar und möglich. Wenn lediglich alle Zeitungen zusammen die gesellschaftliche Kommunikation darstellen, kommt dies nicht der ganzen Gesellschaft zugute, sondern bloss einigen wenigen, sich durch zahlreiche Zeitungen informierenden Journalisten und anderen «Profis der Lektüre». Der Durchschnittsleser liest – neben Zeitschriften – meist nur eine bis zwei Zeitungen, die zumeist im kommunikativen Angebot seinem persönlichen Wert- und Normensystem entsprechen, jedenfalls davon nicht wesentlich abweichen. Sein Verhalten im Kommunikationsbereich ist durch Einstellung und Meinung vorgeprägt; er wählt sich die Medien und ihre Inhalte in einem verhältnismässig engen Rahmen aus.

Wirtschaftliche Vielfalt verbürgt demnach noch nicht kommunikative

Vielfalt. Und mit dem Blick auf die Schweiz wird man zugeben müssen, dass die Vielgestalt auch Schwäche in sich birgt. Das Angebot zahlreicher Zeitungen sättigt keineswegs die Erwartungen der Leser; zu viele kleinere und mittlere Blätter gebärden sich als Mini-Ausgaben überregionaler und kantonaler Organe, statt sich auf das Regionale und Lokale zu konzentrieren und dort alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Das nicht erfüllte Bedürfnis der regional-lokalen Leserschaft dokumentiert sich in Quartier- und Vorstadtblättern, aber auch in den Gratis-Anzeigern mit Text. Die Chancen der Lokalzeitung manifestieren sich anderseits in den unzähligen florierenden «community papers» und «suburban papers» in Amerika.

Optimierung durch Konzentration?

Weil das unabhängige, wirtschaftlich schwache Zeitungsunternehmen auch dem Druck der Interessentengruppen und Inserentenkreise sehr viel stärker ausgesetzt ist, führt möglicherweise eine weitere Verminderung der Anzahl Zeitungen zu einer Optimierung, die auch darin erblickt werden kann, dass in den überlebenden Blättern eine breitere Ausfächerung der Informations- und Meinungsvielfalt erfolgt, um den Raum der Leser auszudehnen. Von Monopol-Verhältnissen ist man noch weit entfernt, denn die Industriegesellschaft ist von einem komplexen, dynamischen System der Kommunikation getragen. Der Primärkommunikation in der kleinen Gruppe, in der Familie, am Arbeitsplatz oder beim Hobby kommt dabei für die Meinungsbildung die entscheidende Rolle zu; sie sichert den einzelnen gegen den Einfluss der Massenmedien, denen er keineswegs – die Kommunikationsforschung hat es überzeugend nachgewiesen – schutz- und hilflos preisgegeben ist. Der Ausgang der Volksabstimmung über die Schwarzenbach-Initiative mit einer halben Million Ja-Stimmen angesichts einer eindeutig ablehnenden Haltung nahezu aller Zeitungen und Zeitschriften liefert dazu einen aktuellen Nachweis.

Der einzelne verhält sich multidimensional und variabel. Solange deshalb mehrere universelle, technisch-organisatorisch differierende Medien der sozialen Kommunikation jedermann zur Verfügung stehen, kann von einem Monopol nicht gesprochen werden. Die verschiedenen Medien, welche die Primärkommunikation ergänzen, haben unterschiedliche Funktionen und sind nicht austauschbar, was insbesondere auch für Zeitungen Gültigkeit hat. Sie existieren nebeneinander und werden in steigendem Masse gleichzeitig benutzt; man liest am Morgen die Zeitung, hört über Mittag Radio und sitzt am Abend vor dem Bildschirm.

Die Veränderungen in den Kommunikationsgewohnheiten sind vielfach Anlasse zu Klagen: Die Massen verwerfen die Leitbilder der Intelligenz und

richten sich nach ihren Unterhaltungsbedürfnissen aus, zudem lassen sie ihren Emotionen auch im politischen Bereich – im Vorfeld der letzten eidgenössischen Abstimmung war dieses Lamento besonders deutlich zu hören – freien Lauf. Wie vertragen sich jedoch diese Vorwürfe mit der Idee des mündigen Bürgers, auf der die Vorstellung der Demokratie ruht? Wenn die demokratische Doktrin vom selbständig denkenden und handelnden Bürger ausgeht, muss sie ihm diese Vorgabe auch im Kommunikationsprozess zuerkennen. Daraus folgt dann zwingend, dass das demokratische Kommunikationssystem nicht zentral gesteuert, sondern durch die Bedürfnisse der kommunizierenden Bürger geregelt wird. Mit Peter Glotz ist deshalb zu unterstreichen, dass mit diesem demokratischen Grundsatz keinerlei Instanzen und Institutionen vereinbar sind, die sich anmassen, über «gute» und «schlechte», «richtige» und «falsche» Bedürfnisse zu entscheiden. Auch eine selbständige, mit Privilegien und Vorrechten ausgestattete Gruppe von publizistischen Führern – Journalisten – ist nicht denkbar; alle mündigen Bürger geniessen gleichberechtigt die Meinungs- und Informationsfreiheit. Den Journalisten ist deshalb in erster Linie die Aufgabe überbunden, das Gespräch als Grundlage der Demokratie zu betreuen und zu befördern. Otto Groth hat diesen Auftrag einprägsam umrissen:

«Das Periodikum dient dem ‹Gedankenaustausch›, ist ein ‹Sprechsaal›, in dem sich die Partner treffen, ihre Ansichten, Kenntnisse und Erfahrungen austauschen und sich durch Aussprache über ihre Stellungnahme zu einigen versuchen. Aber der Vermittler ist auch da, wo er nur als ‹Brücke› dient, keineswegs auf ein Zurverfügungstehen, zu einem Gewährenlassen und Dulden verurteilt. Um wie viel mehr Aktivität wird von Vermittlern im Geistigen verlangt, auch wenn sie nur ‹Sprechsaal› sein wollen. Sie müssen zu ihrer Verwendung Gelegenheit schaffen, zur Benutzung anreizen und sie erleichtern, die Begegnungen herbeiführen, dann, wenn die Benutzung erlahmt, die Aussprache zu stocken droht, eingreifen, selbst Gedanken in die Debatte werfen und so ihren Wert als Vermittler erhöhen. Schon dazu muss der Vermittler die Partner in ihren Eigenheiten beobachten und kennen, muss auf sie einzugehen verstehen, muss da zu- und dort abreden, da abschwächen und dort verstärken, muss da entgegenkommen und dort zurückweichen, muss elastisch, gleichzeitig anpassungsfähig und doch zielbewusst sein. Diese Anforderungen an den Vermittler und seine Bedeutung wachsen, wenn er die Initiative nicht den Partnern überlässt, sondern selbst Partner sucht und herumzieht, in den Partnern latente Wünsche aufspürt, schlummernde Bedürfnisse zum Vermitteln weckt, wenn er auch denjenigen, der gar nicht an ein Geben denkt, ja dazu zunächst nicht bereit ist, mit dem Gedanken des Sichäusserns, Verkündens und Mitteilens vertraut macht und ihn schliesslich dahin bringt, sich seiner Vermittlung zu bedienen und sich an andere zu wenden.»

Der Journalist: weder Schulmeister noch Aufseher

Solcher Ausdeutung – wir folgen Groth, Starkulla und Glotz – entspringt der Hauptauftrag an den Journalisten: Seine «öffentliche Aufgabe» besteht nicht in der Veröffentlichung seiner persönlichen Ansichten, sondern in der

Ermöglichung und Pflege der gesellschaftlichen Kommunikation. Er ist weder Schulmeister noch Aufseher, sondern vor allem Anwalt des Zeit-Gesprächs, denn in der demokratischen Gesellschaft kontrollieren sich die verschiedenen Gruppen über die von den Medien hergestellte Öffentlichkeit gegenseitig in einem allgemein zugänglichen, dynamischen Meinungsbildungsprozess.

Aus dieser Schau des Journalisten verliert die Problematik der «Inneren Pressefreiheit» an Schärfe, zumal auch der Herausgeber und Verleger darin einbezogen wird; auf der Grundlage der privatwirtschaftlichen Struktur der Presse trägt zudem das von ökonomischen Erwägungen geleitete Bestreben des Verlegers zur Ausweitung des Leserkreises bei, indem die kommunikativen Interessen bislang nicht repräsentierter Gruppen unter dem Druck der Auflagesteigerung berücksichtigt werden. Die Orientierung am Markte und seinen Mechanismen wird durch das demokratische Kommunikations-Verständnis hinreichend begründet und legitimiert. Dies bedeutet jedoch keinesfalls die restlose Anpassung an die Bedürfnisse der Massen; sie werden nur als Daten im Prozess der sozialen Kommunikation in Rechnung gestellt.

Überlegungen dieser unkonventionellen Art – mögen sie auch Widerspruch und Verweis einbringen – gehören zur konsequenten Überprüfung der Entwicklung der Kommunikation im allgemeinen und der Presse im besonderen. In den Vereinigten Staaten sind solche Gedanken – entsprechend der Phasenverschiebung – bereits vor bald einem Vierteljahrhundert ausgesprochen worden. So hat die «Commission on Freedom of the Press» im Jahr 1947 als Untersuchungsgremium im Fragenkomplex der Pressekonzentration prägnant festgestellt: «Die Freiheit zu schützen, bedeutet nicht mehr länger auch automatisch Schutz für den Bürger und Schutz für die Gesellschaft. Die Pressefreiheit kann zu einer Freiheit für diejenigen verkümmern, die publizieren.»